Neue Politische Literatur (2024) 69:331–360
https://doi.org/10.1007/s42520-025-00632-3

REZENSIONSAUFSATZ

Warum unterstützt die Bevölkerung ein autoritäres Regime? Neuere politikwissenschaftliche Forschungen über die Popularität Wladimir Putins

Petra Stykow

Eingegangen: 7. September 2024 / Angenommen: 16. Dezember 2024 / Online publiziert: 7. Februar 2025
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung Viele autoritäre Regime der Gegenwart sichern ihre Macht nicht mit Gewalt, sondern erfreuen sich bei der Mehrheit der Bevölkerung nachweislich hoher Popularität. Dieses Phänomen, dem in der Vergleichenden Autoritarismusforschung erst seit wenigen Jahren größere Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist am besten für Russland erforscht. Der Beitrag diskutiert neoinstitutionalistisch, legitimationstheoretisch, sozialpsychologisch und sozialstrukturell argumentierende Antworten auf die Frage nach der Beliebtheit Wladimir Putins und der Regime-Unterstützung durch die Bevölkerung. Abschließend werden einige Herausforderungen skizziert, der sich die einschlägige Forschung seit dem Beginn des vollumfänglichen Krieges gegen die Ukraine ausgesetzt sieht.

Schlüsselwörter Popularität autoritärer Führer · Personalistisches Regime · Informationsautokratie · Legitimität · Putinismus · Ko-Konstruktion autoritärer Herrschaft

✉ Prof. Dr. Petra Stykow
Ludwig-Maximilians-Universität München, München, Deutschland
E-Mail: petra.stykow@lmu.de

Why Do People Support an Authoritarian Regime? Recent Political Science Research On Vladimir Putin's Popularity

Abstract Many contemporary authoritarian regimes sustain their power through the popularity of their leader rather than repression. This phenomenon has only recently garnered attention in comparative authoritarianism research and is best researched in the case of Russia. This paper explores various explanations for Vladimir Putin's popularity and the support for his regime, drawing on neo-institutionalist, legitimational, socio-psychological, and socio-structural perspectives. It concludes by outlining some of the key challenges for this field of research since Russia's full-scale war against Ukraine.

Keywords Popularity of authoritarian leaders · Personalist regime · Informational autocracy · Legitimacy · Putinism · Co-construction of authoritarian rule

1 Einleitung

Russland ist, nicht zuletzt dank einer für autoritäre Regime untypischen Vielfalt an zugänglichen (Umfrage-)Daten, einer der am intensivsten erforschten Fälle in der politikwissenschaftlichen Vergleichenden Autoritarismusforschung. In besonderem Maße gilt das für die sich seit einigen Jahren entfaltende Diskussion über die Unterstützung nicht-demokratischer Regime und ihre Legitimationsstrategien. Die großen Meinungsforschungsinstitute produzieren regelmäßig den Befund, dass sich Wladimir Putin hoher Popularität erfreue und die Gesellschaft keinen relevanten Demokratisierungsdruck auf das Regime ausübe. Dem unabhängigen, vom Regime als „ausländischer Agent" diskriminierten Moskauer Lewada-Zentrum zufolge, dessen Daten zur Illustration zitiert seien[1], trifft Putins Amtsführung seit einem Vierteljahrhundert im Durchschnitt auf eine Zustimmung von 75 Prozent. Sie sank faktisch nie unter 60 Prozent und steigt mitunter für längere Zeit – so etwa seit Frühjahr 2022 – auf über 85 Prozent. Antworten auf die Frage, ob sich das Land in die ‚richtige' Richtung entwickle, weisen zwar größere Schwankungen auf, zeigen aber ebenfalls eine insgesamt positive Tendenz; im Zeitraum seit der vollumfänglichen Invasion der Ukraine wird diese Frage von zwischen 61 und 75 Prozent der Interviewten bejaht.

Russland stellt in dieser Hinsicht keine Ausnahme dar. Auch internationale Umfragen wie der „World Values Survey" und die kontinentalen „Barometer Surveys" belegen, dass „populäre Autokraten" weltweit eher der Normalfall sind.[2] Solche Befunde sind erklärungsbedürftig. Nicht nur widersprechen sie der weit verbreiteten Vorstellung, dass autoritäre Regime ihre Bevölkerung unterdrücken. Sie fordern auch einen traditionellen Konsens in der Politikwissenschaft und den Common Sense in demokratischen Gesellschaften heraus: Menschen sollten gewissermaßen

[1] Zugänglich unter URL: <https://www.levada.ru/en/> [Zugriff: 11.09.2024].

[2] Mauk, Marlene: Citizen Support for Authoritarian Regimes, in: Lindstaedt, Natasha/Bosch, Jeroen J. J. van den (Hrsg.): Research Handbook on Authoritarianism, Elgar, Cheltenham 2024, S. 139–152.

selbstverständlich nach Demokratie verlangen, denn nur sie gewährt ihnen politische Mitbestimmung und verbessert dank der institutionell garantierten Rechenschaftspflicht der Regierenden die Chancen für eine gemeinwohlverträgliche, friedfertige Politik, die allen Bürgern gleiche Entwicklungschancen eröffnet und das Ausmaß der sozialen Ungleichheit begrenzt. Es überrascht also, wenn autoritäre Regime von ihren Bevölkerungen aktiv unterstützt oder zumindest hingenommen werden.

Die einfachste der denkbaren Erklärungen für dieses Phänomen liegt in der Annahme, dass die hohen Zustimmungswerte nicht die Realität abbilden, weil die Befragten aus Furcht vor Repressionen ihre wahren Präferenzen verschleiern. Für die meisten modernen Autokratien ist das jedoch nicht plausibel. Sie setzen politische Gewalt womöglich gegen die Opposition ein, typischerweise aber nicht gegen die Bevölkerung. In der Forschung wird vielmehr zunehmend konstatiert, dass autoritäre Regime unter Umständen „genuin populär" sein könnten: „In fact, scholars should rethink [...] the assumption that everyday people always want democratization, or that citizens inherently value democracy over dictatorship. The real story seems to be much murkier".[3]

Der vorliegende Beitrag enthält eine Zusammenschau der Erklärungen dafür, warum Putin von der Bevölkerung unterstützt wird. Skizziert und in Bezug aufeinander diskutiert werden neoinstitutionalistische, legitimationstheoretische, sozialpsychologische und sozialstrukturelle Argumentationen. Russland wird in der einschlägigen Forschung in der Regel als paradigmatischer Fall eines autoritären Regimes analysiert, so dass dieser Überblick gleichzeitig die wichtigsten aktuellen Befunde der Vergleichenden Autoritarismusforschung zu diesem Thema präsentiert; nur China zieht ähnlich große Aufmerksamkeit auf sich. Abschließend skizziere ich einige der Herausforderungen, die in der einschlägigen Forschung seit Frühjahr 2022 thematisiert werden, sowie erste Befunde, die unter Kriegsbedingungen mit soziologisch-anthropologischen Methoden gewonnen wurden.

2 Putins Popularität: Folge von effektiver Propaganda oder realer Regimeperformanz?

Gegen Ende der 1990er Jahre wurde deutlich, dass die jüngste globale Demokratisierungswelle verebbt war und nicht nur junge Demokratien, sondern auch eindeutig autoritäre Regime hervorgebracht hatte. Diese (re-)konstituierten sich aber nicht in den traditionellen Formen von Einparteisystemen, Militärregimen oder Monarchien und setzten auch keine massiven Repressionen gegen die Bevölkerung ein. Vielmehr behielten sie die Ende des 20. Jahrhunderts eingeführten demokratischen Institutionen – Wahlen, Parteienpluralismus und Parlamente – dauerhaft bei. Diesem Phänomen der „imitierten Demokratie" konnte die Transformationsforschung mit ihrem Instrumentarium nicht beikommen, sah sie die Etablierung demokratischer

[3] Meng, Anne: [Book Review] „Spin Dictators: The Changing Face of Tyranny in the 21st Century. By Sergei Guriev and Daniel Treisman", in: Perspectives on Politics 20 (2022), H. 4, S. 1500–1502, hier S. 1501.

Institutionen doch als Kriterium und hinreichende Bedingung eines erfolgreichen Systemwechsels an.

Wie die neuen autoritären Regime, indem sie diese Institutionen nutzten, den politischen Wettbewerb strangulierten und elektoral herbeigeführte Machtwechsel zuverlässig verhinderten, wurde zur Ausgangsfrage der neuen Autoritarismusforschung, die Anfang der 2000er Jahre als eigenständiger Bereich innerhalb der Vergleichenden Politikwissenschaft entstand und bis heute vom neoinstitutionalistischen Paradigma geprägt ist. Ihre Grundannahme besteht darin, dass sich alle ‚Diktatoren'[4] permanent zwei gleichermaßen existenziellen Bedrohungen ausgesetzt sehen: Einerseits müssen sie die Loyalität anderer ressourcenstarker Akteure (‚Eliten') sichern, die ihnen die Macht streitig machen könnten. Andererseits müssen sie verhindern, durch Rebellionen oder Revolutionen gestürzt zu werden.[5] Mit ihrem Rückgriff auf nominell demokratische Institutionen schienen die neuartigen „elektoralen Autokratien" primär die erste dieser Bedrohungen abzuwehren. Regelmäßige Wahlen mit einem kuratierten Spektrum an politischen Alternativen galten in dieser Sichtweise aber gleichzeitig auch als entscheidendes Mittel, um die Bevölkerung ruhigzustellen.

In neoinstitutionalistischen Erklärungen wird Russlands allmähliches Abgleiten in den Autoritarismus als möglicher, jedoch nicht vorgezeichneter oder unaufhaltbarer Prozess interpretiert, der bereits in den ersten Jahren der Präsidentschaft Boris Jelzins einsetzte und in der Putin-Ära flexibel und erfindungsreich vorangetrieben wurde. Der Umbau der demokratischen Institutionen in vielen großen und kleinen Schritten führte zur Konzentration der politischen Macht beim Präsidenten. Er ermöglichte es auch, potenzielle Herausforderer entweder in das Regime zu kooptieren oder immer weiter aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen und, falls nötig, zu repressieren.[6] Solche Erklärungen setzen sich dezidiert von anderen wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Deutungen ab, welche die entscheidende Ursache für den autoritären Entwicklungspfad des Landes entweder in der Person Putins oder aber in den Hinterlassenschaften der Sowjetunion oder eines noch früher eingeschlagenen historischen ‚Sonderwegs' sehen.

Aufgrund dieser Schwerpunktsetzung blieb die Frage, wie das Putin-Regime seine Beziehungen zu den einfachen Bürgerinnen gestaltete, längere Zeit relativ randständig. Sie rückte erst stärker in das Zentrum der Aufmerksamkeit, als das Regime seit den frühen 2010er Jahren deutlicher auf politische Propaganda setzte, die Bevölkerung 2014 mit begeisterter Zustimmung auf die Annexion der Krim reagierte und Putins Popularität für die folgenden vier Jahre neue Höchstwerte erreichte.

[4] In der englischsprachigen Forschung kann das Wort *dictator* auch ohne explizite normative Aufladung verwendet werden. Es bezeichnet – je nach Kontext – auch nicht zwingend eine einzelne Person, sondern einen bestimmten Akteurstyp.

[5] Svolik, Milan W.: The Politics of Authoritarian Rule, Cambridge UP, Cambridge 2012.

[6] Für einen systematischen Literaturbericht über den neoinstitutionalistischen Mainstream der politikwissenschaftlichen Russlandforschung vgl. Klimovich, Stanislav: From Failed Democratization to the War Against Ukraine: What Happened to Russian Institutions Under Putin?, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2023), H. 3, S. 103–120; für eine neoinstitutionalistische Interpretation der postsowjetischen Entwicklung in deutscher Sprache vgl. Stykow, Petra/Baumann, Julia: Das politische System Russlands. Studienkurs Politikwissenschaft, Nomos, Baden-Baden 2023.

Das „Putin-Puzzle“ der autoritären, aber nicht gewaltsam durchgesetzten Herrschaft ist auch der empirische Fall, der Sergei Guriev und Daniel Treisman dazu inspirierte, die bisher gewonnenen Erkenntnisse der Vergleichenden Autoritarismusforschung zu integrieren und die Spezifik moderner autoritärer Regime auf den Begriff der „Informationsautokratie“ *(informational autocracy)* zu bringen. Im Unterschied zu für das 20. Jahrhundert typischen „Angst-Autokratien“ *(dictatorships of fear)*, die ihre Untertanen primär durch offene, massenhafte Gewaltanwendung kontrollierten, beruhe das Herrschaftsprinzip dieser Regime vorwiegend auf Täuschung und Manipulation, wie sie in „Spin Dictators. The Changing Face of Tyranny in the 21st Century“ argumentieren.[7] „Spin-Diktatoren“ wie Putin tarnten sich als Demokraten, beriefen sich nicht auf eine offizielle Ideologie, duldeten ein gewisses Maß an Opposition sowie einige kritische Medien und gäben sich weltoffen. Ihre subtile, ausgefeilte Propaganda, die durch staatliche sowie durch in das Regime kooptierte private Medien verbreitet werde, inszeniere sie als kompetente, verantwortungsvolle Manager im Dienst des Gemeinwohls. Dies verschaffe ihnen „genuine Popularität“ (S. 3–29).

In dieser Sichtweise, die das neoinstitutionalistische Grundmotiv um die Dimension der politischen Kommunikation erweitert, wehren autoritäre Regime von unten ausgehende Existenzbedrohungen dadurch ab, dass sie nicht erst die Mobilisierung unzufriedener Bürger, sondern bereits jegliches Aufkommen von Unzufriedenheit verhindern. Die Öffentlichkeit wird also nicht eingeschüchtert, sondern ‚überredet‘. Proteste seien nur dann zu erwarten, wenn die Täuschungsmanöver des Regimes – darunter Wahlmanipulationen – durchschaut werden, wenn Zweifel an der Kompetenz der politischen Führung aufkommen, beispielsweise angesichts einer Wirtschaftskrise, oder wenn Repressionen nicht mehr verdeckt, sondern offen eingesetzt werden.

Die Entstehung und weltweite Ausbreitung von Informationsautokratien nach dem Ende des Kalten Krieges ist Guriev und Treisman zufolge eine unmittelbare Reaktion auf den globalen Demokratisierungsdruck von unten. In modernisierungstheoretischer Tradition argumentieren sie, der allmähliche Übergang zur postindustriellen Gesellschaft habe den Charakter der Arbeit verändert, zu besserer Bildung sowie dem postmaterialistischen Wertewandel geführt und die Kommunikationstechnologien revolutioniert. Unter Globalisierungsbedingungen seien verflochtene Wirtschaften, weltweit operierende Medien und die liberale Weltordnung entstanden, während sich auch die informierten, liberal gesinnten Bürgerinnen und Aktivisten weltweit vernetzen konnten. Moderne Informationsautokratien, die diesen Herausforderungen begegneten, indem sie Demokratien imitierten, seien dort entstanden, wo – wie in Russland – die Klasse der hochgebildeten, kreativen Arbeitskräfte noch nicht besonders groß sei und die Herrschenden über hinreichend große Ressourcen verfügten, um sie zu kooptieren (S. 169–192).

Das auch außerhalb der Politikwissenschaft international breit rezipierte Werk erschien im Frühjahr 2022, als das Putin-Regime bereits nicht mehr als Musterfall

[7] Guriev, Sergei/Treisman, Daniel: Spin Dictators. The Changing Face of Tyranny in the 21st Century, Princeton UP, Oxford 2022.

einer smarten „Spin-Diktatur“ gelten konnte. In jüngeren Stellungnahmen[8] datieren die Autoren den Abschluss seiner sich seit etwa 2018 abzeichnenden Verwandlung in eine „Angst-Diktatur“ auf 2021 oder das Frühjahr 2022. Sie erklären diese einerseits damit, dass sich die üblichen Manipulationen zunehmend als ineffektiv erwiesen, weil die Zahl gebildeter, informationskompetenter Bürger immer größer wurde. Andererseits habe Putin im Laufe der Zeit das Vertrauen sowohl in seine wirtschaftsliberalen Berater wie auch in seine Spin-Doktoren, die „Polittechnologen“, verloren und sich immer stärker auf ihm nahestehende Personen in den Sicherheitsapparaten gestützt. Unter ihrem Einfluss habe er sich schließlich gegen den Versuch entschieden, die Instrumente der (Informations-)Manipulation weiter zu verfeinern, und in deutlich stärkerem Umfang zu Repressionen gegriffen. In der Konsequenz bedeutet das, dass die Popularität Putins spätestens seit 2022 durch die Autoren nicht mehr erklärt werden kann. Sie müsste stattdessen zwangsläufig auf fehlerhafte oder gefälschte Meinungsumfragen beziehungsweise Präferenzverfälschungen seitens der Befragten zurückgeführt werden, die mögliche Sanktionen fürchten (s. Abschnitt 6).

Gegen die binäre Kontrastierung von „Spin“ und „Angst“ lassen sich empirische und konzeptionelle Einwände erheben. So macht Wladimir Gel’man, einer der führenden liberalen russländischen Politikwissenschaftler, darauf aufmerksam, dass das Regime in seiner Strategiewahl variabel sei und bereits seit 2012 auch verstärkt in eine „Politik der Angst“ investiert habe.[9] Ebenso wie er gehen auch die meisten anderen Autoritarismusforscherinnen systematisch von einander ergänzenden Strategien der Herrschaftssicherung aus, ohne eine davon zum typenbildenden Kriterium zu erheben.[10] Daher stellt sich die Frage, ob „Informationsautokratien“ tatsächlich eine qualitativ neue Form nicht-demokratischer Herrschaft darstellen.

Methodologisch ist das Konzept nicht zuletzt aufgrund seiner begrifflichen Abgrenzungen eine riskante Konstruktion: Auf der einen Seite unterscheiden Guriev und Treisman „Spin-Diktatoren“ wie Wladimir Putin, Hugo Chávez, Recep Tayyip Erdoğan und Viktor Orbán von populistischen Politikern wie Silvio Berlusconi und Donald Trump – zwar verhielten alle sich ähnlich, aber in Demokratien seien kritische Medien erheblich besser geschützt (S. 112 f.). Auf der anderen Seite kontrastieren sie die „Informationsautokraten“ mit „traditionellen Angst-Diktatoren“ des 20. Jahrhunderts, für die Josef Stalin, Adolf Hitler und Mao Zedong als Beispiele genannt werden. Die Autoren rufen also Regime auf, die in weiten Teilen der Forschung und Öffentlichkeit als „totalitär“ gelten, auf jeden Fall aber gerade keine ‚traditionellen‘ Autokratien darstellen, sondern deren besonders gewaltsame Manifestationen. Die logische Konsequenz dieser effektvollen gedanklichen Operation besteht darin, dass die Veränderungen des Putin-Regimes seit Februar 2022 als dramatischer Entwicklungssprung einzuordnen sind, der es zurück in das vordigi-

[8] Guriev, Sergei: Sergei Guriev Revisits Spin Dictators, in: Democracy Paradox o. J. [2023], URL: <https://democracyparadox.com/2023/07/25/sergei-guriev-revisits-spin-dictators/> [Zugriff: 26.08.2024]; Treisman, Daniel: The Reverse Evolution of a Spin Dictatorship. Putin Goes to War, in: Re: Russia, 10.10.2022, URL: <https://re-russia.net/en/expertise/026/> [Zugriff: 26.05.2023].

[9] Gel’man, Vladimir: The Politics of Fear. How Russia’s Rulers Counter Their Rivals, in: Russian Politics 1 (2016), H. 1, S. 27–45.

[10] Vgl. Gerschewski, Johannes: The Three Pillars of Stability: Legitimation, Repression, and Co-optation in Autocratic Regimes, in: Democratization 20 (2013), H. 1, S. 13–38.

tale 20. Jahrhundert katapultiert – noch bevor gründliche empirische Forschungen über diese Veränderungen Auskunft geben konnten und ohne Rücksicht darauf, dass das (zweifellos zunehmend verrohende) Regime ganz offenkundig weiterhin massiv auch auf „Spin" setzt.

Auch für Timothy Frye, einen der renommiertesten US-amerikanischen Russlandexperten der ersten post-sowjetologischen Generation, steht Putin in einer Reihe mit Hugo Chávez und anderen autoritären Führern. Zentral für seine Argumentation ist jedoch das Konzept des „personalistischen Regimes", in dem die politische Macht auf eine einzelne Person konzentriert ist, welche sich auf einen informellen „inneren Zirkel" aus Vertrauten stützt.[11] In seinem ebenfalls an die interessierte Öffentlichkeit adressierten Buch „Weak Strongman. The Limits of Power in Putin's Russia" bezeichnet der Autor Putins Popularität als die – durch den neoinstitutionalistischen Diskurs bisher unterschätzte – wichtigste Säule der Regimestabilität.[12] In autoritären Regimen, speziell solchen mit schwachen politischen Institutionen, komme der Beliebtheit des politischen Führers aus zwei Gründen größte Bedeutung zu: Zum einen schrecke sie mögliche Herausforderer ab, weil diese auf die Unterstützung nicht nur von abtrünnig gewordenen Elitengruppen, sondern auch von Teilen der Bevölkerung angewiesen sind. Zum anderen verringere sie die Gefahr einer Mobilisierung von unten, weil unzufriedene Bürgerinnen erkennen müssen, dass sie keine Mehrheit bilden (S. 51 f.). Die Popularität Putins signalisiere also, dass ein Umsturzversuch auf breiten Widerstand stoßen würde. Damit hege sie beide fundamentale Stabilitätsbedrohungen des Regimes ein. Legitimiert durch die öffentliche Zustimmung habe Putin in seinen ersten zwei Amtszeiten die politischen Institutionen zugunsten der Ausweitung seiner persönlichen Macht demontieren, die Eliten seiner Kontrolle unterwerfen, die Medienfreiheit beschneiden und einen loyalen Sicherheitsapparat aufbauen können.

Frye wendet sich dezidiert gegen die Annahme, dass sich die Popularität Putins aus der paternalistisch-autoritären Nachfrage nach einer „starken Hand" oder gar aus dessen Charisma speise. Sein explizit geäußertes Anliegen besteht darin, einem *othering* Russlands entgegenzutreten: Die Bevölkerung unterstütze ihre Regierung letztlich aus denselben Kalkülen wie die Bürger westlicher Gesellschaften. Wo sich ihre Einstellungen und Werte unterschieden, sei dies nicht einer spezifischen politischen Kultur oder dem Weiterleben des *Homo sovieticus* zuzuschreiben, sondern dem Kontext der personalistischen Autokratie (S. 32). Anders als Guriev und Treisman hält er auch die Fähigkeiten des Regimes für begrenzt, die Bevölkerung zu ‚überreden', wenn dessen Botschaften ihren persönlichen Erfahrungen oder Meinungen in für sie relevanten Fragen widersprechen. Gestünde man Putin nahezu magische Überzeugungskraft zu, würde man letztlich nur sein Image als mächtiger Herrscher verstärken. Die hohe Zustimmung zum Regime beruhe vielmehr auf rea-

[11] Geddes, Barbara: Paradigms and Sand Castles. Theory Building and Research Design in Comparative Politics, Michigan UP, Ann Arbor, MI 2003, S. 50–53.

[12] Frye, Timothy: Weak Strongman. The Limits of Power in Putin's Russia, Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2021.

len Leistungen: „[P]erformance matters for the popularity of leaders like Putin – not just information or propaganda about performance, but actual performance“.[13]

Zu diesen Leistungen zählt Frye erstens eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung einschließlich steigender Reallöhne und Renten. Dieser Faktor wirke sich prinzipiell genauso aus wie in Demokratien und mache die Zustimmung zu Putin und seiner Politik anfällig für Schwankungen. Das außenpolitische Auftreten des Regimes sieht Frye als einen zweiten Leistungsindikator an. Die Annexion der Krim habe Putin die Unterstützung vieler Menschen zurückgebracht, die er infolge der seit Ende der 2000er Jahre stagnierenden Wirtschaftsentwicklung verloren hatte. Gleichwohl hält er die Steigerung seiner Popularität nicht für den Zweck der Annexion, denn weder sei diese Anfang 2014 bedrohlich gering gewesen, noch hätten die Berater des Präsidenten einen derart starken Effekt vorausgesehen. Auch auf die massive anti-westliche Propaganda des Regimes nach 2011/12 könne die „Krim-Euphorie“ nicht zurückgeführt werden. Sie belege vielmehr, dass die Bevölkerung ihr Land als durchsetzungsstarke Großmacht zu sehen wünsche; erst die nachfolgenden Wirtschaftssanktionen des Westens hätten dann auch massenhaft anti-westliche Stimmungen provoziert.

Wesentlich für Fryes Argumentation ist auch die These, Putin sei ein „weak strongman“. Seine Handlungsspielräume seien letztlich beschränkt, da er die Bedingungen seiner Machtausübung nicht kontrollieren könne – weder die Weltmarktpreise für Rohstoffe noch die Reaktionen der Bevölkerung, wie etwa die monatelang anhaltenden Proteste gegen die Wahlfälschungen bei der Parlamentswahl 2011 demonstrierten. Auch Frye ist der Auffassung, dass Putin seit 2012 stärker auf Repressionen als weitere Säule seiner Macht zurückgriff. Es handle sich um ein Zeichen der Schwäche, weil es das Versagen der anderen Instrumente der Herrschaftssicherung anzeige. Zu Beginn der 2020er Jahre bescheinigt Frye der Bevölkerung eine ausgeprägte „Putin *fatigue*“ (S. 64); die weiteren Bestandsaussichten des personalistischen Regimes seien unsicher.

Im Vorwort zur Paperback-Ausgabe des Buches, das er kurz nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine schrieb, bekräftigt Frye seine Interpretation: Das Ausbalancieren der konkurrierenden Bedrohungen, die von Teilen der Eliten und der Gesellschaft ausgingen, sei seit 2018 aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums, der massiven Korruption, der „Putin *fatigue*“, der Ineffizienz der Propaganda, einer verfehlten Corona-Politik und des nachlassenden „Krim-Effekts“ immer schwerer geworden. Dass Putin daraufhin stärker auf die Sicherheitsapparate setzte, habe auch die Wahrscheinlichkeit eines vollumfänglichen Krieges gegen die Ukraine erhöht, denn personalistische Autokratien litten in besonderem Maße unter dem Problem der Informationsverzerrung. Die Invasion in die Ukraine sei demnach eine individuelle Fehlentscheidung gewesen, die nicht zuletzt durch den beruflichen Hintergrund Putins und seiner engsten Berater beeinflusst wurde. Unter den Bedin-

[13] Frye, Timothy: Author's Response. A Russian Reckoning?, in: Asia Policy 17 (2022), H. 3, S. 197–201, hier S. 198.

gungen schwacher politischer Institutionen habe er sie durchsetzen können, ohne auf die Meinungen der Eliten oder der Bevölkerung Rücksicht nehmen zu müssen.[14]

Dass die Beliebtheit Putins auch im bisherigen Kriegsverlauf nicht gelitten habe, so Frye in einem späteren Kommentar, erkläre sich daraus, dass der größte Teil der Kriegskosten von marginalisierten Gruppen getragen werde. Sollte der Krieg jedoch unpopulär werden, könnte Putin gezwungen sein, die Ausgaben für Sozialausgaben zu steigern, die Gehälter der Staatsbediensteten zu erhöhen und den Wirtschaftseliten noch großzügigere Staatsverträge anzubieten. Unter Verweis auf die Haltung der US-Gesellschaft zu den Kriegen, welche die USA nach dem Zweiten Weltkrieg geführt haben, vermutet er auch, dass die öffentliche Meinung relativ tolerant gegenüber den Kosten bewaffneter Konflikte sei, solange die Eliten eines Landes geschlossen hinter der politischen Führung stehen.[15]

Fryes Performanz-Argument wird nicht zuletzt auch durch eine Reihe weiterer Studien gestützt, die einen Zusammenhang zwischen der Sicherung von Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und sozialpolitischen Leistungen sowie der Unterstützung des Regimes durch die Bevölkerung herstellen. Im Rahmen eines impliziten „Gesellschaftsvertrags" tauschten die Bürger Loyalität gegen materielle Vorteile ein und überließen dem Staat die Gestaltung der Politik; dies habe sie demobilisiert und entpolitisiert.[16] Gegen Fryes Erklärung lässt sich allerdings einwenden, dass das Konzept der – als universell vorgestellten – performanzorientierten, instrumentellen Unterstützung überdehnt wird, wenn man es auch auf außenpolitische ‚Errungenschaften' des Putin-Regimes anwendet: Die Krim-Annexion löste bei der Bevölkerung starke emotionale Reaktionen und eine nationalistische Aufbruchstimmung aus, die im Rahmen des rationalistischen Paradigmas wohl nicht angemessen gedeutet werden können. Zu konstatieren ist nicht zuletzt, dass die außerordentlich hohe, aber nicht von kollektiver Euphorie begleitete Popularität Putins seit 2022 weder von Guriev und Treisman noch von Frye erklärt wird.

3 Ein ‚Sonderweg' Russlands? Diskursive Legitimation und Ideologie des Regimes

Ein weiterer Strang der Forschungen über die Beziehungen zwischen autoritären Regimen und ihren Gesellschaften, der seit Mitte der 2010er Jahre zunächst insbesondere in der deutschen *scientific community* entstand, stellt Fragen der Herr-

[14] Frye, Timothy: Preface to the Paperback Edition, in: ders.: Weak Strongman. The Limits of Power in Putin's Russia, Princeton UP, Princeton 2022, S. vii–xvii.

[15] Frye, Timothy: Casualties Won't Topple Putin. But They Will Make His Job Much More Difficult, in: Foreign Policy, 10. April 2023, URL: <https://foreignpolicy.com/2023/04/10/russia-ukraine-casualties-putin-war-military-politics/> [Zugriff: 01.05.2023].

[16] Siehe z. B. Cook, Linda J./Dimitrov, Martin K.: The Social Contract Revisited. Evidence from Communist and State Capitalist Economies, in: Europe-Asia Studies 69 (2017), H. 1, S. 8–26; Sharafutdinova, Gulnaz: Authoritarian Welfare and Resilience: Politics of Child Benefits in Russia, in: Post-Soviet Affairs 40 (2024), H. 4, S. 326–343.

schaftslegitimation ins Zentrum der Aufmerksamkeit.[17] Er grenzt sich von einem normativen Zugriff ab, der nicht-demokratischen Regimen per se die Legitimität abspricht, und greift Max Webers Vorstellungen über einen empirisch analysierbaren Legitimitätsglauben der Herrschaftsunterworfenen auf. Gleichzeitig knüpft er auch an die in den 1960er Jahren durch Seymour M. Lipset und David Easton in die Vergleichende Politikwissenschaft eingeführte These an, die Stabilität aller politischen Systeme hänge in entscheidendem Maße von der Unterstützung durch die Bevölkerung ab – genauer gesagt davon, ob diese von der Rechtmäßigkeit des Regimes überzeugt oder ihm gegenüber zumindest indifferent eingestellt ist.[18]

Legitimation – „the process of claiming and gaining legitimacy through providing a justification for why the regime in question is entitled to rule"[19] – wird durch das in der einschlägigen Forschung breit rezipierte Modell von Johannes Gerschewski als eine der drei wichtigsten Säulen der Stabilität autoritärer Regime konzipiert.[20] Sie erscheint nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu den beiden anderen Säulen, der Repression und der Kooptation strategisch relevanter Elitengruppen. Weil die Legitimität autoritärer Regime empirisch schwer zu messen ist, richtet sich das Forschungsinteresse auf die Strategien, mit denen sie sich diese zu beschaffen versuchen; dabei spielt es keine Rolle, ob sie auf manipulierte oder korrekte Informationen zurückgreifen oder aber ideologische Überzeugungen transportieren.[21] Pragmatisch scheint die Popularität der politischen Führung als hinreichend zuverlässiger Indikator dafür angesehen zu werden, dass ihre Rechtfertigungsgründe akzeptiert werden.

Die unterschiedlichen Kataloge der Legitimationsstrategien, mit denen die Autoren dieses Diskurses arbeiten, sehen Prozeduren (speziell Wahlen) und Performanz (im Sinne des von Frye entwickelten Arguments) vor, sind aber insbesondere an Gründungsmythen, Ideologie und dem Führungspersonal autoritärer Regime interessiert. Als Beispiel sei die Analyse der diskursiven Legitimationsstrategien des Putin-Regimes vorgestellt, die Bo Petersson in „The Putin Predicament. Problems of Legitimacy and Succession in Russia" vorlegt.[22] Anhand der öffentlichen Äußerungen des russländischen Präsidenten kommt er zu dem Ergebnis, ihre primäre Funktion bestehe in Putins Inszenierung als charismatischem Führer. Dafür bediene das Regime sich eines ganzen Arsenals an „politischen Mythen" – historischer Narrative, die für die kollektive Identität Russlands konstitutiv seien, tiefe politisch-kulturelle Wurzeln in der Gesellschaft hätten und von großen Teilen der Bevölkerung geglaubt würden.

[17] Für einen Überblick über den aktuellen Stand dieser Debatte s. Grauvogel, Julia/Soest, Christian von: Legitimacy and Legitimation Strategies in Authoritarian Regimes, in: Wolf, Anne (Hrsg.): The Oxford Handbook of Authoritarian Politics, Oxford UP, Oxford 2024 (in Progress).

[18] Gerschewski, Johannes: Legitimacy in Autocracies. Oxymoron or Essential Feature?, in: Perspectives on Politics 16 (2018), H. 3, S. 652–665.

[19] Grauvogel/Soest: Legitimacy (wie Anm. 17).

[20] Gerschewski: Pillars (wie Anm. 10).

[21] Grauvogel/Soest: Legitimacy (wie Anm. 17).

[22] Petersson, Bo: The Putin Predicament. Problems of Legitimacy and Succession in Russia, Ibidem, Stuttgart 2021.

Der *mythscape* des Putin-Regimes besteht Petersson zufolge aus zwei Schichten. Die erste enthalte drei „Meistermythen“: Bereits seit seiner ersten Amtszeit stützte sich Putin demnach auf den Mythos von Russland als einer internationalen Großmacht sowie auf den seiner zyklisch verlaufenden Geschichte, in der sich seit dem Mittelalter Phasen des Niedergangs („Zeiten der Wirren“) und der Wiederauferstehung („Phönix aus der Asche“) abwechselten. Anlässlich des ukrainischen „Euromaidan“ 2014 seien diese beiden Meistermythen durch einen dritten ergänzt worden, der Russland (und Putin) als „Bollwerk und Verteidiger ewiger Werte“ gegen eine feindliche Außenwelt konstruiert; er wird von einer aggressiven, gegen die USA gerichteten Rhetorik begleitet. Dieser Mythos spielt auf die seit dem späten 15. Jahrhundert aufgekommene Lehre von Russland als dem „Dritten Rom“ an und ist Petersson zufolge äquivalent zur Doktrin des Amerikanischen Exzeptionalismus. Unterhalb dieser metanarrativen Ebene findet er „unterstützende und ergänzende“ Mythen, die konkret auf Putin bezogen sind. Als „benevolenter Herrscher“ und energischer „Mann der Tat“ werde er bereits seit seiner ersten Amtszeit in Szene gesetzt, in den letzten Jahren – als der zweite Mythos an Glaubwürdigkeit einbüßte – auch stärker als *elder statesman* und „Stabilisator“ (S. 43–70).[23]

Für Petersson ist es diese flexible, relativ überzeugend strukturierte und erfolgreich kommunizierte Großerzählung, die es dem Regime ermöglichte, auch dann noch weitgehend auf Repressionen zu verzichten, als seine Wirtschaftsperformanz seit den 2010er Jahren nachließ. Seiner Auffassung nach birgt sie jedoch ein erhebliches Risiko für das Überleben des Regimes, da sich Putins Popularität nicht auf die politischen Institutionen übertrage und auch kein Nachfolger im Sinne eines ‚Erben‘ in Sicht sei. Dadurch beruhe die Legitimität des Regimes ausschließlich auf der Person seines – alternden und zunehmend energielosen – Führers. Anzeichen dafür, dass sich das Potenzial dieser Legitimationsstrategie erschöpfe, sieht Petersson in der zunehmenden Repressivität des Regimes. Er schließt aber auch einen erneuten Schlag gegen die Ukraine nicht aus, um Putins Popularität, und damit auch seine Legitimität, neu zu beleben – ein Szenario, das wenige Monate nach dem Erscheinen des Buches Realität wurde.

Anders als in den bisher besprochenen Büchern erscheint die aggressive Außenpolitik Russlands hier als unmittelbare Konsequenz aus den Legitimationsbedürfnissen des Regimes. Es baut seine Herrschaftsbegründung gewissermaßen organisch in historisch gewachsene Geschichtsbilder ein, um seinem Führer die ‚außeralltägliche‘ Persönlichkeitsqualität eines Charismatikers zuschreiben zu können. Dies dürfte freilich typisch für personalistische Regime sein – ein Begriff, den Petersson jedoch nicht verwendet. Ihm liegt vielmehr daran, die Spezifik seines Falls herauszuarbeiten. Die von der Regimepropaganda geschaffene Großerzählung konstruiere einen „twofold exceptionalism“ in Bezug sowohl auf Russland und seinen Platz in der Welt als auch auf den Amtsinhaber selbst. Er könne als Einziger die Führung übernehmen, wenn es darum geht, die globale Berufung des Landes zu verwirkli-

[23] Leicht modifiziert und präziser in: Petersson, Bo: Squaring the Circle. Legitimizing the Putin Regime after February 24, 2022, in: Taras, Raymond (Hrsg.): Exploring Russia’s Exceptionalism in International Politics, Routledge, London/New York 2024, S. 53–65.

chen. In dieser Konstruktion bestehe auch der wesentliche Unterschied zu anderen Großmächten und den von ihnen verkündeten zivilisatorischen Missionen (S. 53 f.).

Peterssons Argumentation legt nahe, sich auch mit der kontrovers diskutierten Frage zu beschäftigen, ob das Putin-Regime über eine kohärente Ideologie verfügt, mit der es die Bevölkerung indoktriniert.[24] Die bisher besprochenen Bücher verneinen das: Für Frye ist dessen Output-Performanz entscheidend, während Guriev und Treisman die propagandistischen Manipulationen der Bevölkerung, die sie als zentral ansehen, für „postmodern" und „unideologisch" halten. Das Regime verfüge lediglich über ein „kaleidoscopic mix of images and themes", zusammengesetzt aus Versatzstücken der imperialen Geschichte, kommunistischer Tropen und eines konservativen Traditionalismus (S. 75 f.). Diese Diagnose ist wichtig für ihre Argumentation, weil sie Ideologien als Eigenschaft von „Angst-Autokratien" ansehen, zu denen das Putin-Regime bis 2021/22 nicht gehört habe. Auch Petersson spricht von einer „eclectic platform of mainstream nationalist ideas", die nicht die Qualität einer elaborierten Ideologie erreiche (S. 67) – eine Interpretation, ohne die seine These von Putins Charisma nicht zu halten wäre.

In jüngster Zeit sind jedoch mehrere Bücher erschienen, die dem Putin-Regime nicht nur bescheinigen, mittlerweile über eine offizielle Ideologie zu verfügen, sondern auch dafür plädieren, seine Ideologieproduktion nicht (mehr) als artifizielles Konstrukt der Präsidialadministration abzutun, dem es an innerer Logik und Plausibilität gebricht. Anerkannt werden müsse vielmehr, dass die Regime-Ideologie zu einem Stabilitätsfaktor des Regimes geworden sei und auf große Teile der Bevölkerung beträchtliche Anziehungskraft ausübe. Diese Publikationen – zu denen neben den im Folgenden erwähnten auch Katharina Bluhms „Russland und der Westen" gehört[25] – analysieren die Wurzeln, Bestandteile sowie den Prozess der allmählichen „Sedimentierung" (Marlène Laruelle) dieser Ideologie, an dem die unterschiedlichsten Akteure beteiligt waren. Sie können im Rahmen der in diesem Beitrag diskutierten Fragestellung nicht angemessen gewürdigt werden. Festgehalten werden sollen jedoch ihre Positionen über den Zusammenhang zwischen Regime-Unterstützung und Ideologie.

Für Mikhail Suslov, der in „Putinism. Post-Soviet Russian Regime Ideology" die ideengeschichtlichen Traditionen und intellektuellen Strömungen des „Putinismus" seziert, markiert das Jahr 2018 den Zeitpunkt, an dem die Beziehungen zwischen Regime und Gesellschaft auf eine ideologische Grundlage gestellt wurden.[26] Durch die Aktualisierung archaischer politischer Impulse habe das Regime zu Beginn von Putins vierter Amtszeit „a resounding victory of ideology and propaganda over the material interest of the population" errungen. Der Rückgriff auf eine offizielle Ideologie habe die früheren Strategien der Legitimitätsbeschaffung abgelöst – das Versprechen politischer und gesellschaftlicher Stabilität im Tausch für politische Passivität in den 2000er Jahren sowie die Aussicht auf Wiederherstellung des Groß-

[24] Für eine Analyse der Debatte s. Snegovaya, Maria/McGlynn, Jade: Dissecting Putin's Regime Ideology, in: Post-Soviet Affairs 41 (2025), H. 1, S. 42–63.

[25] Bluhm, Katharina: Russland und der Westen. Ideologie, Ökonomie und Politik seit dem Ende der Sowjetunion, Matthes & Seitz, Berlin 2023.

[26] Suslov, Mikhail: Putinism. Post-Soviet Russian Regime Ideology, Routledge, London/New York 2024.

machtstatus Russlands durch die Krim-Annexion 2014, welche politische Loyalität mit emotionalen Gratifikationen belohnt hatte (S. 27–35).

Die Regime-Ideologie, die Suslov als „geopoliticised, right-wing communitarianism, organic populism in terms of Slavoj Žižek, and identity-concerned pseudo-conservatism" (S. 2) charakterisiert, sei effektiv, weil sie politische Basisbedürfnisse, Werte und Emotionen der Bevölkerung aufgreife, darunter insbesondere Gefühle der Ungerechtigkeit, der Unsicherheit und des Nationalstolzes. Der Autor unterscheidet zwischen der Unterstützung für Putin und seine politischen Entscheidungen einerseits und der Zustimmung zur Regime-Ideologie andererseits. Erstere sei ein Phänomen der öffentlichen Meinung, könne also kurzfristig schwanken. Letztere sei hingegen stabil, da sie sich auf politische Werte beziehe, die sich nur langsam veränderten. Der Putinismus sei, selbst wenn er „not the most endearing ideology" darstelle, tief im Wertehaushalt der Gesellschaft verwurzelt und reagiere flexibel auf ihre Bedürfnisse (S. 27).

Mit „Ideology and Meaning-Making under the Putin Regime" legt Marlène Laruelle ein Standardwerk über die offizielle Ideologie des Putin-Regimes vor, das seine Stärke aus dem Ansatz der „strategischen Empathie" bezieht, womit sie die Betrachtung von Phänomenen aus der Perspektive des „strategischen Gegners" meint (S. 8).[27] Die Autorin analysiert die im russländischen Diskurs verwendeten Begriffe, um seine ideologischen Konstruktionen zu verstehen und den langwierigen, ausgesprochen komplexen Prozess der Herausbildung einer offiziellen Ideologie zu rekonstruieren. Der „Putinismus", der nicht ohne die Vorgeschichte des „Zentrismus" der zweiten Amtszeit Jelzins verstanden werden könne, habe mehrere Entwicklungsphasen durchlaufen, während derer sich nicht die Ziele des Regimes, wohl aber sein „ideational toolkit" verändert hätten. Nachdem es lange gezögert habe, sich auf eine offizielle Ideologie festzulegen, sei diese Schwelle im Frühjahr 2022 nach dem Überfall auf die Ukraine überwunden worden.

Laruelle zeichnet diesen Prozess als überwiegend elitengetrieben nach, für den hier interessierenden Zusammenhang ist aber ihre These von Bedeutung, das Verhältnis zwischen Regime und Gesellschaft sei „more than simply authoritarian: it is cocreational" (S. 4). Ähnlich wie Frye sieht sie seine Grundlage in einem impliziten Gesellschaftsvertrag, der immer wieder neu ausgehandelt wird und die Spielräume des Regimes durchaus einschränkt. Auch die Regime-Ideologie, in deren Grammatik sie drei Ebenen unterscheidet – die der unhinterfragten Grundannahmen (Doxa, „Zeitgeist"), der Metanarrative sowie der Ideologeme (Topoi) – sei Resultat einer solchen Ko-Kreation. Während die Inhalte der beiden letztgenannten Ebenen auf Interaktionen zwischen dem Regime, öffentlichen und privaten Akteuren sowie die Medien zurückgingen, seien es auf der Doxa-Ebene das Regime und ein großer Teil der Bevölkerung gewesen, die sich auf drei Grundüberzeugungen einigten: Russland dürfe keinen neuen Zusammenbruch erleiden; es solle international als einzigartige Großmacht respektiert werden; der Staat verkörpere die Nation, seinen Interessen gebühre also Vorrang vor den individuellen Rechten seiner Bürger (S. 18 ff., 272 f.). Dieser Gesellschaftsvertrag sei aus der Begegnung von zwei Bewegungsrichtungen

[27] Laruelle, Marlène: Ideology and Meaning-Making under the Putin Regime, Stanford UP, Stanford, CA 2025.

erwachsen, die auf die tiefgreifenden Umwälzungen der 1990er Jahre reagierten – „von oben" hätte das Regime primär den internationalen Prestigeverlust des Landes adressiert und „von unten" die Bevölkerung die von den politischen und ökonomischen Reformen hervorgerufenen gesellschaftlichen Erschütterungen (S. 6). Der „Putinismus" dürfe deshalb auch nicht nur als bloßes Instrument der Legitimitäts- und Herrschaftssicherung interpretiert werden. Er sei auch ein wesentlicher Bestandteil des bisher nicht abgeschlossenen Nationsbildungsprozesses.

Laruelle beobachtet, dass die Ideologieproduktion des Regimes seit 2022 neben ihrer langjährigen Flexibilität auch ihre Bottom-up-Dynamik weitestgehend eingebüßt habe, während sowohl Kohärenz wie Repressivität zunahmen (S. 2). Dennoch sei es nicht zutreffend, das Putin-Regime als „totalitär" zu klassifizieren: Es setze weiterhin nicht auf die „Neukalibrierung" der Gehirne seiner Bürger, sondern auf die Marginalisierung oder Eliminierung alternativer Ideologien. Für sein Funktionieren sei die Duldung durch die Bevölkerung wichtiger oder sogar zuträglicher als deren aktive, gar begeisterte Unterstützung (S. 277).

Sowohl Laruelle als auch Suslov sehen im „Putinismus" keine Manifestation eines ‚Sonderwegs' Russlands, sondern eine spezifische Variante ideologischer Strömungen, die den Liberalismus als normative Rechtfertigung der repräsentativen Demokratie des Westens im globalen Maßstab herausfordern und in Reaktion auf ihn entstanden sind – Suslov spricht von „kommunitaristischem Rechtspopulismus", Laruelle von „Illiberalismus". Sie macht darauf aufmerksam, dass Russland das erste große europäische Land war, das spätestens in den frühen 2000er Jahren einen massiven *backlash* gegen den Liberalismus erfuhr – eben weil es im Jahrzehnt zuvor einen von einem autoritären politischen und ökonomischen Liberalismus geleiteten Systemwechsel erlebt und gleichzeitig seinen Status als internationale Großmacht verloren hatte. Russland stelle keineswegs die „Nemesis des Westens" dar, sondern eine „Mikrowelt", in der alle zentralen Widersprüche der existierenden Weltordnung enthalten seien (S. 5).

Suslov wiederum verwendet die anthropologische Denkfigur des nachahmenden „mimetischen Begehrens", die zwangsläufig zu „mimetischer Rivalität" (René Girard) mit dem Vorbild führe, um den Mechanismus des „Putinismus" zu beschreiben. Sein Kern bestehe demnach in einer auf die national-zivilisatorische Identität fixierten „Philosophie der Anti-Mimesis", die sich aus den ambivalenten, letztlich frustrierenden Erfahrungen mit den – erstmals im 18. Jahrhundert und erneut in den 1990er Jahren – freiwillig unternommenen Versuchen der Westernisierung Russlands speise. Die innenpolitische und nicht zuletzt globale Resonanz der Regime-Ideologie erwachse daraus, dass sie das große Problem adressiere, ob Gesellschaften mit eigenständigen Kulturen und Traditionen den Westen imitieren können, ohne ihre Souveränität und Identität zu beschädigen (S. 20–27).

4 Psychologische Perspektiven: Die Ko-Konstruktion autoritärer Herrschaftsverhältnisse

Die eingangs erörterten neoinstitutionalistischen Erklärungen für die Unterstützung des Putin-Regimes nehmen eine Top-down-Perspektive auf die Beziehungen zwi-

schen diesem und seinen Bürgerinnen ein. Dies ist besonders auffällig bei Guriev und Treisman, in deren Argumentation die Bevölkerung ausschließlich als Adressat der manipulativen Einwirkungen des Regimes erscheint. Frye geht über diese Verengung hinaus, indem er das Regime darum bemüht sieht, der Bevölkerung Leistungen anzubieten, die sie wertschätzt. Noch stärker wird die Bedeutung der Gesellschaft in den zuletzt erörterten Werken betont: Laruelle spricht von der Ko-Kreation des Regimes und Petersson behauptet in einem ganz ähnlichen Sinne, dass nicht Putin die öffentlichen Diskurse über Großmachtstreben, Stabilität und Ordnung geschaffen habe, sondern vielmehr diese Diskurse ihn und sein Legitimationsnarrativ (S. 22).

In das Zentrum der Argumentation gerät die gegenseitige Bedingtheit von Regime und Gesellschaft schließlich in sozialpsychologischen und emotionssoziologischen Interpretationen. Samuel Greene, einer der wichtigsten Vertreter dieses Diskussionsstrangs, würdigt den neoinstitutionalistischen Ansatz dafür, die Integration der Russlandforschung in die Vergleichende Politikwissenschaft ermöglicht zu haben, indem er die Aufmerksamkeit auf die institutionellen Ursachen der Robustheit und Überlebensfähigkeit moderner autoritärer Regime gelenkt habe. Er plädiert dafür, ihn durch einen multidisziplinären Ansatz zu ergänzen, welcher auch der Bevölkerung Handlungs- und Gestaltungskapazitäten *(agency)* zugesteht. Deshalb müsse auch der „Mikrokontext" untersucht werden, in dem Menschen in ihrer alltäglichen Erfahrungswelt intuitives Orientierungswissen *(vernacular knowledge)*, soziale Anreize und Präferenzen produzieren. Damit stärkten sie die Stabilität autoritärer Regime von unten. Auch wenn Putin offensichtlich großen Wert auf die Unterstützung durch die Bevölkerung lege, könnte diese möglicherweise weniger das Resultat der Regime-Propaganda sein als ‚von unten' geschaffen werden: „Putin's strength may lie in the fact that ordinary Russians find it useful to support him, for reasons that have nothing to do with Putin, and everything to do with the lives of those ordinary Russians".[28]

In ihrem für ein breites Publikum geschriebenen Buch „Putin vs. The People: The Perilous Politics of a Divided Russia" verfolgen Greene und sein Ko-Autor Graeme Robertson die These, dass der gängige Fokus auf „Putins Russland" fehlgeleitet sei – man müsse vielmehr von „Russlands Putin" sprechen.[29] Ihr zentrales Argument lautet: „[M]uch of the power of President Putin comes from Russian society – [...] power in Russia is co-constructed" (S. 2 f., S. 205). Die Bevölkerung sei nicht nur die Betroffene eines elitengesteuerten Systemumbaus, sondern beeinflusse das Verhalten des Regimes durch ihre Präferenzen. Sie sei sogar unmittelbar an der Herstellung und Reproduktion der autoritären Herrschaftsverhältnisse beteiligt, ungeachtet dessen, dass sich Dutzende Millionen einfacher Menschen durchaus der Dysfunktionalitäten des politischen Systems wie etwa der allgegenwärtigen Korruption und des unbefriedigenden Wirtschaftswachstums bewusst seien. Dennoch verhielten sie sich konformistisch und begehrten nicht auf, sondern wirkten an der

[28] Greene, Samuel A.: Homo Post-Sovieticus. Reconstructing Citizenship in Russia, in: Social Research 86 (2019), H. 1, S. 181–202, hier S. 199.

[29] Greene, Samuel A./Robertson, Graeme B.: Putin v. the People. The Perilous Politics of a Divided Russia, Yale UP, New Haven, CT/London 2019.

permanenten Bestätigung des gesellschaftlichen Konsenses über die Rechtmäßigkeit von Putins Herrschaft mit.

Die Erklärung für dieses Verhalten liegt den Autoren zufolge zu einem Teil in der Spezifik des Regimes. Mit seinem kaum ideologisch oder ethnisch aufgeladenen Patriotismus habe es ein sehr breites zustimmungsfähiges Identifikationsangebot geschaffen, das es zudem erlaube, Kritiker als illoyal, deviant oder vom Ausland gesteuert zu diskriminieren. Zum anderen Teil erkläre sich dieses Phänomen aus sozialen und psychologischen Faktoren. Unter Bezug auf das *Big-Five*-Modell der Persönlichkeitspsychologie argumentieren Greene und Robertson anhand von Umfragedaten, dass der Persönlichkeitsdimension „Verträglichkeit" *(agreeableness)* in autoritären Kontexten besondere Bedeutung zukomme: Personen, die sich als rücksichtsvoll, kooperativ und empathisch beschrieben, wählten Putin deutlich häufiger, bewerteten seine Tätigkeit erheblich positiver und verträten die vom Regime propagierten Werte bereitwilliger als andere Befragte mit niedrigen *agreeableness*-Werten. Der Wunsch, Spannungen zu vermeiden, motiviere solche Menschen, im sozialen Nahfeld Unterstützung für Putin zu äußern, um diese für sie existenziell bedeutsamen Beziehungen nicht zu belasten; dies habe vermutlich kaum etwas mit der Verinnerlichung ideologischer Vorgaben des Regimes zu tun (S. 147–152).[30]

Auch das Hochschnellen von Putins Popularitätskurve nach der Krim-Annexion 2014 erklären Greene und Robertson psychologisch. Die langanhaltende „Krim-Euphorie" sei weder ein einfacher *rally-'round-the-flag*-Effekt noch eine plötzliche Eruption des Nationalismus gewesen. Der Schlüssel zu ihrem Verständnis liege nicht in der medialen Propaganda, auch wenn diese sie zweifelsohne befeuert habe. Entscheidend sei gewesen, dass sie durch die Bürgerinnen selbst sozial und kollektiv produziert wurde, weil diese die emotionale Erfahrung von Gemeinschaft, Nationalstolz und Hoffnung gemeinsam mit ihrem Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis machten. Ihr soziales, politisches und wirtschaftliches Umfeld sei nun in einem besseren Licht erschienen – und zwar sowohl in Bezug auf Gegenwart und Zukunft als auch rückblickend. Von diesem kollektiven Anstieg positiver Gefühle habe auch Putin profitiert (Kap. 3–4).[31]

Greene und Robertson beschreiben die große Unterstützung für Putin als letztlich fragiles Gleichgewicht. Während einige Menschen seiner Politik aus Überzeugung zustimmten, täten es viele andere, weil dies einerseits als gesellschaftlich akzeptiertes Verhalten gelte und sie andererseits dem propagandistischen Einfluss der Medien ausgesetzt seien. Deren Effektivität resultiere allerdings weniger aus der informationsbasierten Umformatierung von Überzeugungen als daraus, dass sie emotionale Gratifikationen transportierten. Nicht zuletzt sähen viele Menschen keine realistischen Alternativen. Dieser Argumentation zufolge liegt die Stabilität des Regimes darin begründet, dass alle an die Popularität Putins glauben, womit jede Art von politischem Engagement als unnötig, überflüssig oder aussichtslos erscheinen muss. Wenn diese kollektiv geteilte Überzeugung eines Tages erschüttert werde, würden

[30] Vgl. auch: Greene, Samuel A./Robertson, Graeme B.: Agreeable Authoritarians. Personality and Politics in Contemporary Russia, in: Comparative Political Studies 50 (2017), H. 13, S. 1802–1834.

[31] Vgl. auch: Greene, Samuel A./Robertson, Graeme B.: Affect and Autocracy. Emotions and Attitudes in Russia after Crimea, in: Perspectives on Politics 20 (2022), H. 1, S. 38–52.

dieselben Mechanismen eine gegenläufige Dynamik in Gang setzen, die zu einem schnellen Kollaps des Regimes führen dürfte. Weil es auf der emotionalen Bindung der Bevölkerung an Putin beruhe, werde sich dies auch nicht durch einen Personalwechsel an seiner Spitze verhindern lassen (S. 224).

Auch Gulnaz Sharafutdinova möchte in „The Red Mirror. Putin's Leadership and Russia's Insecure Identity" die enorm gestiegene Unterstützung Putins nach der Krim-Annexion erklären.[32] Wie Greene und Robertson greift sie dafür auf ein psychologisches Instrumentarium zurück, speziell auf die Theorie der sozialen Identität von Henri Tajfel und John Turner, welche Gruppendynamiken und Konflikte zwischen *ingroups* und *outgroups* erklärt. Sie argumentiert, dass das Regime mit dem Beginn von Putins dritter Präsidentschaft eine identitätspolitische Wende seiner Legitimationsstrategien vollzogen habe. Als es aufgrund der nachlassenden Wirtschaftsleistung nicht mehr in der Lage war, die materiellen Interessen der Bevölkerung zu befriedigen, habe es seit 2012 die „traditionellen Werte" Russlands und seine vorgebliche zivilisatorische Einzigartigkeit in den Vordergrund des öffentlichen Diskurses geschoben und Putin als politischen Führer konstruiert, der die Sicherheit und Stärke des Landes garantiere.

Mit dieser medial vermittelten Strategie habe das Regime die tiefe Verunsicherung der kollektiven Identität der postsowjetischen Gesellschaft erfolgreich adressiert. Einerseits knüpfe es dafür an positiv erinnerte Aspekte der Vergangenheit an und beute die kognitiven Hinterlassenschaften der sowjetischen kollektiven Identität aus; andererseits greife es weitverbreitete, von den schmerzhaften Erfahrungen der 1990er Jahre gespeiste Gefühle der Scham und Demütigung auf. Mit seiner neuen Identitätspolitik habe das Regime diesen Erfahrungen einen Sinn zugeschrieben und in der Bevölkerung Stolz auf das russländische Volk sowie die Überzeugung eines emotional positiv besetzten Exzeptionalismus geweckt. Die daraus erwachsene tiefe psychische Verbindung der Bevölkerung mit Putin habe schließlich anlässlich der Krim-Annexion ihren emotionalen Ausdruck gefunden. Sie habe in ihm von nun an die Verkörperung der kollektiven Identität Russlands gesehen; seine Popularität sei ein Spiegel der gesellschaftlichen Präferenzen.

Die identitätspolitisch forcierte Konsolidierung der russländischen Gesellschaft beruht Sharafutdinova zufolge auf zwei Säulen. Zum einen habe die Präsidialadministration die „wilden 1990er Jahre" mit ihrem Wirtschaftskollaps, dem außenpolitischen Statusverlust und ihrer tiefen Werte- und Identitätskrise als Grundlage gewählt. Das Regime habe diese Erfahrungen in ein „chosen trauma" transformiert, sie also als kollektiv geteilte Erinnerung an ein von außen verursachtes katastrophales Ereignis konstruiert und propagiert. Dabei konnte es sich auf die Massenmedien stützen, die speziell im Bereich der Fernsehunterhaltung bereits vor 2012 ein populäres Narrativ von Russland als einem Opfer des sogenannten Raubtierkapitalismus verbreitet hätten. Das Regime habe das Potenzial dieses Traumas strategisch genutzt und es durch sein Gegenstück ergänzt – den „gewählten Ruhm" („chosen glory") des Großen Vaterländischen Krieges, der bereits in der spätsowjetischen Ära als in-

[32] Sharafutdinova, Gulnaz: The Red Mirror. Putin's Leadership and Russia's Insecure Identity, Oxford UP, Oxford u. a. 2020.

klusives Narrativ konstruiert worden war, um die multiethnische kollektive Identität der Sowjetunion zu stärken (S. 21 f., S. 105–132).

Sharafutdinova sowie Greene und Robertson sind sich mit Frye darin einig, dass die außenpolitische Aggressivität Russlands besonders seit der zweiten Hälfte der 2010er Jahre als wesentlicher Faktor für Putins Popularität angesehen werden muss. Sie deuten den Wirkungsmechanismus aber nicht rationalistisch, sondern sozialpsychologisch. Allen vier Autoren gemeinsam ist dabei die Zurückweisung der Vorstellung, die Zustimmung der Bevölkerung zum Putin-Regime sei auf die anhaltende Prävalenz eines bestimmten Menschentyps – des *Homo sovieticus* – zurückzuführen, der prinzipiell und unveränderbar nicht demokratiefähig sei. Damit beziehen sie Position in einer Debatte über die Werte und Einstellungen von Menschen in Russland und anderen postsozialistischen Ländern, die bereits seit langem kontrovers und meist vereinfachend geführt wird.[33]

Als sozialwissenschaftlich operationalisiertes und messbares Konzept geht der *Homo sovieticus* auf den Soziologen Juri Lewada zurück, der mit seinem Team kurz vor der Auflösung der Sowjetunion in den Jahren 1989/90 die ersten repräsentativen Meinungsumfragen durchführte, um ein sozialpsychologisches Porträt des „sowjetischen Menschen" zu erstellen. Anhand der so gewonnenen Daten beschrieb er ihn als einen Persönlichkeitstyp, den folgende Merkmale auszeichneten: eine ausgeprägte Mentalität der Einzigartigkeit, die im Bewusstsein einer besonderen Geschichte sowie spezifischer ethischer, ästhetischer und erkenntnistheoretischer Standards und Werte wurzele; ein auf den Staat gerichteter Paternalismus; die Bereitschaft, die existierende hierarchische Ordnung und das politische System zu akzeptieren; ein spezifischer Egalitarismus sowie ein „imperialer Charakter".[34]

Die These vom Weiterleben des *Homo sovieticus* gehört zum Traditionsbestand einiger öffentlicher und publizistischer Diskurse, findet sich aber auch in Teilen der Forschung. Am prominentesten wird sie von Lew Gudkow, Mitstreiter Lewadas und langjähriger Direktor des Lewada-Zentrums, vertreten. Er behauptet, dass sich dieser Menschentyp – nach gewissen Auflösungserscheinungen in den frühen 1990er Jahren – letztlich „verstetigt" habe. Putins „Deutungen, sein Auftreten und seine Ausdrucksweise" korrespondierten mit dem „Stabilitätsbedürfnis breiter Kreise der Gesellschaft, die einem empfundenen Zustand institutioneller Desorganisation und gesellschaftlicher Anomie entkommen wollen".[35]

Nur auf den ersten Blick ist diese Vorstellung denen der hier besprochenen Autorinnen ähnlich. Diese lehnen den Begriff des *Homo sovieticus* vielmehr explizit ab, weil er eine kulturelle Unvereinbarkeit der Bevölkerung mit Demokratie suggeriere und einfachen Bürgern ihre *agency* abspreche. Sharafutdinova kritisiert das Konzept für seine veraltete theoretische Fundierung in Talcott Parsons Systemtheorie, dem Totalitarismusmodell und der Vorstellung kulturell bedingter Persönlichkeitsmerk-

[33] Für einen Überblick über die Begriffsgeschichte s. Sharafutdinova, Gulnaz: The Afterlife of the „Soviet Man". Rethinking Homo Sovieticus, Bloomsbury, London 2023.

[34] Lewada, Juri: Die Sowjetmenschen 1989–1991. Soziogramm eines Zerfalls, Argon, Berlin 1992, S. 16–26.

[35] Gudkov, Lev: Der „Führer der Nation". Putin und das Kollektivbewusstsein in Russland, in: Osteuropa 73 (2023), H. 5–6, S. 23–71.

male. Ihre Entscheidung für den Begriff der sozial und politisch konstruierten und daher ebenso kontextabhängigen wie wandelbaren „(kollektiven) Identität" erlaube, so die Autorin, eine differenziertere Analyse der kognitiven und affektiven Hinterlassenschaften der Sowjetunion. Er lenke die Aufmerksamkeit auch auf die Rolle der Medien in diesem Prozess statt auf die vermutete Kongruenz unveränderlicher Persönlichkeitsmerkmale mit ihrer institutionellen und politischen Umgebung. Zudem ermögliche es der Identitätsbegriff, die kollektiv geteilten Ideen und Überzeugungen zu erfassen, die in der Gesellschaft auf Resonanz stießen, weil sie emotional aufgeladen seien.[36]

Der vollumfängliche Krieg gegen die Ukraine stellt Sharafutdinova zufolge sowohl den Kulminationspunkt der nationalen Identitätspolitik seit 2013 als auch einen Mechanismus dar, mit dem das Regime sein Überleben zu sichern versucht. Der gewaltsame Nationalismus, der dabei in Erscheinung trete, spiegele gleichzeitig den unvollendeten Charakter des *nation-building*-Prozesses wider, der durch die imperiale und sowjetische Geschichte belastet sei und in den 1990er Jahren als politisches Projekt der Eliten scheiterte. Die meisten Menschen hätten im Frühjahr 2022 keine Möglichkeit für sich gesehen, das Land zu verlassen oder zu protestieren, so dass sie keinen anderen Ausweg fanden, als sich mit der aktuellen Situation zu arrangieren. Ebenso wie im Jahr 2014 seien Putin, die Nation und der Staat zu einem imaginären ‚Wir' verschmolzen und nur das Ende des Krieges könne diese Vorstellung aufbrechen. Es werde vermutlich nicht nur zum Sturz des Regimes, sondern auch zur Desintegration des Staates führen.[37]

Mit ihren Interpretationen sind die beiden in diesem Abschnitt besprochenen Bücher anschlussfähig an Perspektiven, die unter Stichwörtern wie *everyday politics* und *everyday/banal/informal nationalism* firmieren.[38] Sie haben in den letzten Jahren an Zuspruch gewonnen, sind aber bisher nicht im politikwissenschaftlichen Mainstream angekommen. Mithilfe überwiegend qualitativer soziologischer und anthropologischer Methoden, darunter semi-strukturierte Interviews, Fokusgruppen-Diskussionen und teilnehmende Beobachtung, zielen sie darauf, den Zusammenhang zwischen der Alltagserfahrung der Menschen sowie ihren Praktiken der kollektiven Identitätskonstruktion einerseits und der Sphäre der ‚Hohen Politik' andererseits sichtbar zu machen und zu verstehen (s. Abschnitt 6). Die beiden folgenden Monografien arbeiten hingegen auf der Höhe der positivistischen Methodologie, indem sie großangelegte *cross*-nationale Vergleiche mit *in-depth*-Fallstudien Russlands kombinieren und auf dieser Grundlage Thesen mit umfangreichem Gültigkeitsanspruch formulieren.

[36] Frye: Strongman (wie Anm. 12), S. 28–32; Greene: Homo Post-Sovieticus (wie Anm. 28); Sharafutdinova: Afterlife (wie Anm. 33), S. 54–57.

[37] Sharafutdinova, Gulnaz: Nationalism, Identity, and the Russia-Ukraine War, in: Hale, Henry E./Johnson, Juliet/Lankina, Tomila V. (Hrsg.): Developments in Russian Politics 10, Duke UP, Durham, NC/London 2024, S. 69–85.

[38] Siehe z. B. Clément, Karine/Zhelnina, Anna: Beyond Loyalty and Dissent. Pragmatic Everyday Politics in Contemporary Russia, in: International Journal of Politics, Culture, and Society 33 (2020), H. 2, S. 143–162; Goode, J. Paul: Becoming Banal. Incentivizing and Monopolizing the Nation in Post-Soviet Russia, in: Ethnic and Racial Studies 44 (2021), H. 4, S. 679–697; Morris, Jeremy: Political Ethnography and Russian Studies in a Time of Conflict, in: Post-Soviet Affairs 39 (2023), H. 1–2, S. 92–100.

5 Die Nachfrage nach dem ‚starken Staat': Traumabewältigung oder ökonomische Abhängigkeit?

Das kollektive Trauma der Transformationserfahrungen der 1990er Jahre ist auch für Aleksandar Matovskis Argumentation in „Popular Dictatorships. Crises, Mass Opinion, and the Rise of Electoral Authoritarianism" von zentraler Bedeutung.[39] Er betrachtet es jedoch nicht als vom Regime inszeniertes „chosen trauma" und nimmt auch keine sozialpsychologische Perspektive auf die kollektive Identitätsbildung der Gesellschaft ein. Vielmehr beansprucht er, den auf die Regime-Eliten fokussierten neoinstitutionalistischen Mainstream der Vergleichenden Autoritarismusforschung zu erweitern. Dass „elektorale Autokratien" stabil seien, weil und solange sie die Bevölkerung über ihren wahren Charakter zu täuschen vermögen (wie Guriev und Treisman argumentieren) oder sie mit ökonomischen oder anderen Leistungen ruhigstellen (wie etwa Frye behauptet), stelle keine befriedigende Erklärung dar. Offen bleibe, wie solche Regime – typischerweise ohne größeren Zwang und Manipulationen – überhaupt entstehen und warum manche von ihnen zusammenbrechen, andere aber selbst angesichts schwerer Wirtschaftskrisen und einer wachsenden Mittelklasse langfristig überleben (S. 18–24).

Die Antwort auf diese Fragen sieht Matovski im *strongman appeal* vieler autoritärer Politiker oder Parteien, den er anhand internationaler Umfragedaten in allen elektoralen Autokratien im Zeitraum von 1960 bis 2014 belegt. In Zeiten multipler Krisen steige die Bevölkerungsnachfrage nach einer „starken Hand", welche ihre Macht effektiv und durchsetzungsstark einsetzt. Darauf reagierten autoritäre Führer, die ein kompetentes und kompromissloses, von den üblichen politischen, administrativen und rechtlichen Einschränkungen befreites „Durchgreifen" in Notstandssituationen versprächen. Sie beriefen sich dabei stets auf den „Willen der Mehrheit des Volkes", der sich in regelmäßigen Wahlen manifestiere, beanspruchten also demokratische Legitimität. Da sie durch die Bevölkerung als Garant von Ordnung und Gerechtigkeit wahrgenommen würden, sei diese auch geneigt, der Propaganda des Regimes Glauben zu schenken, seine Repressionen zu rechtfertigen und selbst offensichtliche Manipulationen als notwendiges Übel zu akzeptieren.

Auch die russländische Gesellschaft habe in den 1990er Jahren auf eine als existenziell wahrgenommene Unsicherheit reagiert, die der Systemwechsel und die Neugründung des Staates verursacht hatten. Im Jahr 1989, so Matovski anhand von Umfragedaten des Lewada-Zentrums, waren nahezu die Hälfte der Befragten der Auffassung, die politische Macht dürfe unter keinen Umständen bei einer einzigen Person konzentriert sein – ein durchaus bemerkenswerter Befund nach fast sieben Jahrzehnten Sowjetmacht. Bereits 1996 seien jedoch nur noch weniger als 20 Prozent dieser Meinung gewesen, während fast 70 Prozent bekundeten, Russland benötige temporär oder permanent die Herrschaft einer (aus Wahlen hervorgegangenen) „starken Hand". Von der Attraktivität des elektoralen Autoritarismus als „the most pragmatic and benign remedy for Russia's decline" (S. 204) profitierte zunächst

[39] Matovski, Aleksandar: Popular Dictatorships. Crises, Mass Opinion, and the Rise of Electoral Authoritarianism, Cambridge UP, Cambridge 2021.

Jelzin, in noch viel größerem Maße aber sein Nachfolger Putin, dem es gelang, das Land zu stabilisieren.

Matovski argumentiert, dass es dem Regime in der Folgezeit gelang, alle anderen Konflikte und politischen Programme zu desavouieren, Unterstützung nicht nur bei den überzeugten Anhängern einer „starken Hand", sondern auch bei Menschen mit ideologisch unbestimmten Ansichten zu gewinnen, das Elektorat zu spalten und die liberale Wählerschaft zu marginalisieren. Selbst wenn die Regimeperformanz unbefriedigend ausfiel, so der Autor, konnte Putin bei Wahlen auch ohne größere Fälschungen siegen, weil er im Vergleich zur Opposition als das ‚kleinere Übel' erschien. Auf dieser Grundlage entwickelten die Bürgerinnen allmählich eine „resignierte Akzeptanz" des Regimes. Putins Popularität sei tatsächlich primär in Angst begründet – aber nicht vor Repressionen, sondern davor, dass das Land ohne ihn in Chaos und Instabilität abgleite. Die meisten Menschen würden ihn nicht für seine Errungenschaften unterstützen, sondern dafür, was er ihrer Meinung nach verhindert habe oder möglicherweise künftig noch erreiche.

Der Autor weist auch auf das immanente Stabilitätsrisiko dieser krisenbasierten Legitimationsstrategie hin: Elektoral-autoritäre Regime werden demnach im Laufe der Zeit überflüssig – sowohl wenn sie erfolgreich sind, also die von der Bevölkerung ersehnte politische und ökonomische Normalisierung herbeiführen, als auch dann, wenn sie sich als unfähig erweisen, Ordnung und Wohlstand zu sichern. Deshalb seien sie gezwungen, permanent zwischen effizientem Regieren und der Beschwörung existentieller Bedrohungen zu balancieren. Ein Beispiel dafür, dass sie Krisen sogar vorsätzlich fabrizieren könnten, sei die Krim-Annexion. Diese habe zudem die Bedingungen für die künftige Popularität Putins gesetzt: Seitdem könne er sich keine Niederlage im Kampf um die Wiederherstellung von Russlands Großmachtstatus leisten und auch keine Kompromisse hinsichtlich der (Territorial-)Gewinne dieses Kampfes oder der von Russland beanspruchten geopolitischen Einflusssphäre eingehen. Vor allem jedoch könne er keinen längeren Frieden dulden, da dies die öffentliche Aufmerksamkeit auf innenpolitische Probleme lenken würde, in denen seine Erfolgsbilanz deutlich schlechter ausfiele als in der Außenpolitik.

Konsequent deutet Matovski auch den Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 nicht als Ausdruck einer imperialistischen und revisionistischen Außenpolitik oder als Fehlentscheidung, die einer Kombination aus personalistischen Herrschaftsstrukturen und kontingenten Faktoren geschuldet ist. Wie bereits bei den Aggressionen gegen Tschetschenien 1999, Georgien 2008, die Ukraine 2014 und Syrien 2015 handle es sich vielmehr um eine rationale, kaltblütig getroffene Entscheidung. Ihr Ziel bestehe darin, das Regime zu stärken, indem es von seiner schwachen innenpolitischen Leistungsbilanz ablenke und Putins Popularität revitalisiere.[40] Matovski ist auch einer der wenigen Autoren, die das Überleben des Regimes nicht an die Person Putins gebunden sehen, denn den Mantel des populären *strongman* könne sich prinzipiell auch ein anderer Politiker umhängen. Solange die Bevölkerung von Angst vor schwelenden internationalen Konflikten, wirtschaftlichen Katastrophen oder einem weiteren Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung umgetrieben

[40] Matovski, Aleksandar: How Putin's Regime Survivalism Drives Russian Aggression, in: The Washington Quarterly 46 (2023), H. 2, S. 7–25.

sei, werde sie mehrheitlich – vielleicht widerstrebend, aber letztlich bereitwillig – das existierende Regime unterstützen.

In ihrer Rezension des Buches weist Sharafutdinova auf die weitreichenden Implikationen von Matovskis These hin: Elektoral-autoritäre Regime wären demnach als institutionelle Manifestation eines „autoritären Reflexes" von Gesellschaften auf belastende Krisen zu verstehen, die eine Ära kennzeichnen, in der Wahlen als universelles Legitimationsprinzip von Herrschaft global anerkannt sind. Zu fragen bliebe jedoch, ob es den dabei unterstellten Automatismus tatsächlich gibt, ob also alle Gesellschaften auf kollektive Traumata einheitlich reagierten. Wie etwa das Beispiel der drei postsowjetischen Republiken im Baltikum zeige, in denen die 1990er Jahre auf andere Art politisch instrumentalisiert wurden, seien möglicherweise das Verhalten und die Ideologie der Eliten ausschlaggebend.[41]

Bryn Rosenfelds Buch „The Autocratic Middle Class" hebt sich von allen bisher diskutierten Erklärungen dadurch ab, dass sie strukturelle Faktoren in die Debatte einbringt, also sozioökonomische Bestimmungsgründe für politische Einstellungen und die Regime-Unterstützung.[42] Ihr Ansatz greift die These der Modernisierungstheorie auf, die in der Mittelklasse den Hauptträger demokratischer Einstellungen und Werte sowie den zentralen Akteur des politischen Wandels sieht[43], kritisiert sie jedoch wegen ihrer mangelnden Differenziertheit. Die Autorin, die diese soziale Gruppe anhand von Bildung und Profession identifiziert, argumentiert, dass im Zuge der Transformationsprozesse in den postsozialistischen Ländern nicht eine, sondern zwei Mittelklassen entstanden seien – eine im privaten, die andere (und zahlenmäßig oft stärkere) im öffentlichen Sektor.

Wie sie anhand von Umfragedaten und quasi-experimentellen Methoden zeigt, gibt es keine Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen in Bezug auf ihre Einstellungen zur Demokratie in den demokratisch regierten Ländern Ostmitteleuropas, umso deutlichere jedoch in den elektoralen Autokratien Eurasiens, speziell in Russland, der Ukraine und Kasachstan. Die privatwirtschaftliche Mittelklasse lasse hier stärkere Präferenzen zugunsten von Demokratie, kompetitiven Wahlen, unabhängigen Gerichten, Presse- und Redefreiheit und dem Schutz von Minderheiten erkennen als die beim Staat beschäftigten Angestellten, deren Einstellungsprofil sich kaum von dem der Arbeiterklasse unterscheide. Auch an den Protesten in Russland in den Jahren 2011/12, die allgemein als pro-demokratische Massenmobilisierung der urbanen Mittelklasse gegen Wahlfälschungen gelten, hätten sich demnach Angehörige aus der privaten Mittelschicht – nicht aber Beschäftigte des Staatssektors – mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit beteiligt als Arbeiter (Kap. 3–4).

[41] Sharafutdinova, Gulnaz: [Book Review] „Popular Dictatorships: Crises, Mass Opinion, and the Rise of Electoral Authoritarianism. By Aleksandar Matovski", in: Comparative Politics 20 (2022), H. 4, S. 1475 f.

[42] Rosenfeld, Bryn: The Autocratic Middle Class. How State Dependency Reduces the Demand for Democracy, Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2021.

[43] S. Lipset, Seymour Martin: Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy, in: American Political Science Review 53 (1959), H. 1, S. 69–105; Moore, Barrington: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt, Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1969; Inglehart, Ronald/Welzel, Christian: Changing Mass Priorities. The Link between Modernization and Democracy, in: Perspectives on Politics 8 (2010), H. 2, S. 551–567.

Aus diesen Befunden schließt Rosenfeld: „[A] middle class whose status depends on public employment for an authoritarian state is often antithetical to democracy" (S. 5). Der zentrale Kausalmechanismus dieses Phänomens bestehe nicht in Gewaltandrohung oder -anwendung durch das Regime. Vielmehr stelle eine Beschäftigung in den größer werdenden bürokratischen Apparaten, öffentlichen Einrichtungen und Staatsunternehmen den wichtigsten und zuverlässigsten Pfad des sozialen Aufstiegs in die Mittelschicht dar. Unter den Bedingungen eines verhältnismäßig kleinen Privatsektors hätten Angehörige der Mittelklasse nur wenige Ausweichmöglichkeiten, jedoch viel zu verlieren, wenn sie die Vorteile ausschlügen, die der Staat als Arbeitgeber gewährt. Es seien demnach die ökonomischen Institutionen des Staates, mit deren Hilfe sich autoritäre Regime eine breite Unterstützerbasis verschaffen könnten. Voraussetzung dafür sei ihre Fähigkeit, in den von ihnen kontrollierten Bereichen attraktive Vorteile zu gewähren – neben gut bezahlten Jobs, besseren Arbeitsbedingungen als in der Privatwirtschaft und dem Zugang zu Gesundheitsleistungen auch informelle Vorteile und illegale Bereicherungsmöglichkeiten. Die staatsabhängig Beschäftigten neigten daher dazu, das autoritäre Regime auch dann zu unterstützen, wenn sie mit dem Status quo unzufrieden seien, da seine Demokratisierung ihre Lebenschancen verschlechtern könnte (S. 37–65).

Rosenfelds Erklärung teilt mit den drei zuvor diskutierten Diskussionsbeiträgen, dass sie nach ‚von unten' wirkenden Faktoren für die Zustimmung zum Regime fragt. Ihre strukturalistische Argumentation ist deutlich komplexer als die von Guriev und Treisman. Diese identifizieren in modernen Gesellschaften ebenfalls zwei Gruppen – die Schicht der „Informierten", das heißt gebildeten, medienversierten und international vernetzten Bürgerinnen, sowie die viel größere „allgemeine Öffentlichkeit" („general public") –, die dank fortschreitender Modernisierung immer zahlreicher würden, was den Druck auf autoritäre Führer erhöhe. Sie müssten dann entweder (wie Putin) zu Repressionen greifen oder (wie die Führung Malaysias) hinnehmen, dass sich ihre imitierte Demokratie allmählich in eine „echte" transformiere (S. 16, 194–198). Rosenfelds Argumentation lässt diese Annahme als naiv erscheinen, denn ihr zufolge wird das Streben nach Demokratie in autoritären Kontexten nicht primär durch Bildung, Alter und ähnliche Faktoren konditioniert, sondern durch die Art der individuellen Beziehung zum Staat (S. 81). Demnach verbreitert ein staatskapitalistisches Regime durch Investitionen in die von ihm kontrollierten Bereiche auch die sozioökonomische Basis für seine Stabilität, denn das weckt das Interesse der wachsenden staatsabhängigen Mittelklasse am langfristigen Überleben des autoritären Regimes. Dessen Demokratisierungsaussichten beurteilt Rosenfeld demnach ähnlich verhalten wie Matovski, jedoch stellt ihre Argumentation einen anderen Mechanismus der Demokratieablehnung heraus.

6 Fazit und Epilog: Bedeutet Putins Popularität, dass die Bevölkerung den Krieg unterstützt?

Die besprochenen Monografien repräsentieren die aktuell wichtigsten Erklärungen für die hohe Popularität Putins, die aufgrund der starken Personalisierung des politischen Systems auch als Indikator der allgemeinen Unterstützung des Regimes

interpretiert werden darf. Ihnen gemeinsam ist, dass sie in dieser Popularität einen bedeutenden Faktor seiner Stabilität sehen. Das ist nicht trivial, wenn man sich die traditionelle Annahme vor Augen hält, wonach nicht-demokratische Regime *per definitionem* eine dem kollektiven Willen der Gesellschaft zuwiderlaufende Herrschaft ausüben. In der Theorie konkurrieren diese Erklärungen miteinander und nicht alle sind im gleichen Maße plausibel, empirisch sind sie aber oft kompatibel – mindestens, wenn man davon ausgeht, dass nicht alle Unterstützer Putins dies aus denselben Gründen und Motiven tun.

Die Ausdehnung und Intensivierung des gegen die Ukraine seit 2014 geführten Krieges stellt auch für die Russlandforschung einen „exogenen Schock“[44] dar, dessen Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Gängige Interpretationen – speziell die Charakterisierung des Regimes als „Informationsautokratie“ und „elektorale Autokratie“ – werden seitdem ebenso hinterfragt wie die Methodik und Methodologie der Forschung, während gleichzeitig auch ethische Probleme thematisiert werden, die sich in der positivistischen Politikwissenschaft lange ausblenden ließen. Der empirische Zugang zum ‚Feld‘ ist seit dem Jahr 2022 extrem verengt, wenn nicht gar verschlossen. Die wissenschaftliche Kooperation mit Forscherinnen in Russland wurde weitgehend eingestellt, viele von ihnen haben das Land verlassen.[45]

Viele ausgewiesene Experten hatten trotz der offensichtlichen Kriegsvorbereitungen Russlands nicht geglaubt, dass Putin diese – ihnen als irrational erscheinende – Entscheidung treffen würde. Sie lässt sich, wie das etwa Frye tut, mithilfe des Konzepts der personalistischen Autokratie plausibel erklären, was allerdings die Frage nach Putins Motiven noch nicht beantwortet. Petersson, Sharafutdinova und Matovski vertreten die These, er habe den Krieg begonnen, um seine Popularität zu steigern, also den „Krim-Effekt“ zu wiederholen; Greene und Robertson hingegen sehen darin den Ausdruck eines revisionistischen Imperialismus, der die Ukraine als unabhängigen Staat vernichten will (Greene/Robertson, S. 219). Die vor dem Krieg regelmäßig erhobenen Umfragen hatten stets gezeigt, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung freundschaftliche Beziehungen mit der Ukraine wünschte (Frye, S. xii) – gleichwohl erreichten Putins Beliebtheitswerte sofort nach Kriegsbeginn wieder das Niveau von 2014, auf dem sie sich bis heute (Dezember 2024) ohne größere Schwankungen bewegen. Ebenso scheint die Bevölkerung auch mehrheitlich die sogenannte „militärische Spezialoperation“ gegen die Ukraine zu unterstützen. Dennoch gibt es keine allgemeine Euphorie wie im Jahr 2014, was der Erklärung bedarf.

Wie hängt die allgemeine Zustimmung zum Krieg mit der Popularität Putins zusammen? Ein Autorenteam, darunter Frye und Rosenfeld, argumentiert anhand von Umfragedaten, dass sie keinesfalls gleichgesetzt werden dürften. Die Beliebtheit von Putin gründe sich weiterhin auf mehrere Faktoren, genauer: sein als erfolgreich

[44] Gel’man, Vladimir: Exogenous Shock and Russian Studies, in: Post-Soviet Affairs 39 (2023), H. 1–2, S. 1–9.

[45] Für Reflexionen über die Herausforderungen der Russlandforschung s. z. B. Morris, Jeremy: The Ethical Imperatives Deriving from War. Decolonization Begins at Home, in: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 25 (2024), H. 1, S. 143–154, sowie die Beiträge in Heft 1–2 (2023) der Zeitschrift „Post-Soviet Affairs“.

wahrgenommenes Management der Volkswirtschaft, sein hypermaskulines Image sowie – und dies in zunehmendem Maße – seine Verteidigung der „traditionellen Werte“ Russlands. Das Regime manipuliere diese Popularitätsressourcen, indem es einerseits den Anschein von Normalität aufrechterhalte und den Krieg herunterspiele, andererseits aber das Narrativ der existenziellen Gefährdung Russlands propagandistisch befeuere. Das darin begründete Spannungsverhältnis, so diese Gruppe, berge jedoch Risiken. Diese Strategie könne an ihre Grenzen stoßen, wenn der Bevölkerung zu viele Opfer abverlangt würden.[46]

Unter den Bedingungen des Krieges besonders brisant geworden ist die Frage, ob die aus repräsentativen Erhebungen gewonnenen Umfragedaten zuverlässig sind, denn sie bilden die Basis der meisten empirischen Untersuchungen. Russland beteiligt sich seit Jahrzehnten an internationalen Datenerhebungen wie dem „World Values Survey“ und dem „European Social Survey“. Die großen nationalen Meinungsforschungsinstitute, darunter auch die als staatsnah geltenden WZIOM und FOM, arbeiten nach international anerkannten Standards, und auch westliche Forscher hatten mit ihnen kooperiert. Viele Daten sind öffentlich zugänglich und zeichnen ein durchaus komplexes, widersprüchliches Bild der russländischen Gesellschaft. Nicht zuletzt legen ausgefeilte Testmethoden nahe, dass die Befragten zumindest bis vor kurzem ihre Präferenzen nicht bewusst verfälschten.[47] Eine Woche nach dem Beginn des Krieges verschloss das Regime aber die noch verbliebenen öffentlichen Räume für die Äußerung abweichender Meinungen, führte eine faktische Kriegszensur ein und demonstriert seitdem, dass jegliche Kritik am Krieg nicht nur mit hohen Geldbußen, sondern auch mit jahrelanger Haft bestraft werden kann.

Spätestens unter diesen Bedingungen stellt sich die Frage nach der Validität und Reliabilität von Umfragedaten erneut. Sie wird kontrovers diskutiert.[48] In kritischer Abgrenzung von den etablierten Instituten haben sich mehrere Initiativen unabhängiger russländischer Forscherinnen gebildet, die versuchen, neue Herangehensweisen an die Meinungsforschung zu entwickeln, etwa „ExtremeScan“, „Russian Field“ und „Chronicles“.[49] Zu ihren Befunden gehört beispielsweise die Feststellung, dass sowohl überzeugte Kriegsbefürwortung als auch entschiedene Kriegsgegnerschaft Minderheitenmeinungen sind, während die Mehrheit der Bevölkerung inkonsistente Einstellungen und Meinungen vertritt.

Neben methodischen Einwänden an der Umfrageforschung sind auch fundamentalkritische Positionen deutlicher hörbar geworden. Schon vor dem Krieg hatte der Soziologe Grigori Judin (Greg Yudin) argumentiert, das seiner Natur nach plebis-

[46] Frye, Timothy u. a.: Putin’s Hidden Weakness. New Evidence Shows Many Russians Support Him – but Not the War, in: Foreign Affairs, 25. März 2024, URL: <https://www.foreignaffairs.com/russian-federation/putins-hidden-weakness> [Zugriff: 21.05.2024].

[47] Frye, Timothy: Strongman (wie Anm. 12), S. 54–58; ders. u. a.: Is Putin’s Popularity Real?, in: Post-Soviet Affairs 33 (2017), H. 1, S. 1–15; ders. u. a.: Is Putin’s Popularity (Still) Real? A Cautionary Note on Using List Experiments to Measure Popularity in Authoritarian Regimes, in: Post-Soviet Affairs 39 (2023), H. 3, S. 213–222.

[48] S. dazu die Beiträge in Nr. 430 (2023) der „Russland-Analysen“, URL: <https://laender-analysen.de/russland-analysen/430/> [Zugriff: 21.08.2024].

[49] Erreichbar unter den URLs: <https://www.extremescan.eu/>, <https://russianfield.com/svorussia> und <https://www.chronicles.report/> [Zugriff jew. 04.09.2024].

zitäre Regime nutze die Demoskopie als Herrschaftsinstrument, weshalb es auch die Veröffentlichung von Daten nicht unterbinde. Meinungsumfragen erfüllten eine ähnliche Legitimationsfunktion wie Wahlen und Referenden, produzierten selbst die Realitäten, die sie vorgeblich abbildeten, und trieben die Entpolitisierung der Gesellschaft voran.[50] Jetzt warf er der Diskussion um mögliche Präferenzverfälschungen vor, den Kern des Problems zu verfehlen. Weil die Menschen der Politik entfremdet seien und die Erfahrung geringer Selbstwirksamkeit gemacht hätten, verfügten sie in der Regel auch nicht über eindeutige und stabile politische Meinungen. Umfragen, von denen sie annähmen, dass sie vom Staat durchgeführt werden, hielten sie daher für Loyalitätstests und verhielten sich entsprechend.[51]

Auch Jeremy Morris wendet sich gegen die – der Umfrageforschung seit ihren Anfängen in den 1930er Jahren zugrundeliegende – Vorstellung, dass es eine ‚öffentliche Meinung' im Sinne kumulativer Präferenzen einer Gesellschaft gebe. Nicht alle Menschen verträten zu allen Themen rational begründete Meinungen, nicht alle geäußerten Meinungen seien gleich bedeutungsvoll, Antworten fielen zu einem anderen Zeitpunkt oder in einem anderen Kontext womöglich anders aus, und die Respondenten selbst hätten keinen Einfluss auf die Auswahl der gestellten Fragen und Antwortoptionen. Umfragen dienten daher primär als „Instrument der Entmündigung [...], indem sie Möglichkeiten und imaginierte Welten blockieren, die Interpretation in eine unrealistische Enge dirigieren und die [...] Entrechteten ihrer Stimme berauben".[52] In Bezug auf die Zustimmung zum Krieg seien sie zudem nicht nur wegen ihrer fragwürdigen Ergebnisse unverantwortlich, sondern auch deshalb, weil sie als ideologische Waffe genutzt werden könnten, um Russland in orientalistischer Außensicht zu einer „barbarischen" Gesellschaft umzudeuten. Morris spricht sich deshalb – wie auch weniger skeptische Teilnehmer der Diskussion über die „Krise der Russlandforschung" – dafür aus, repräsentative Umfragen mit soziologischen und ethnologischen Methoden zu verknüpfen, um die sozialen und psychologischen Faktoren zu verstehen, welche die Einstellungen der Bevölkerung zum Krieg prägen.

Um das Potenzial solcher – unter den aktuellen Bedingungen allerdings wohl immer weniger realisierbarer – Ansätze anzudeuten, seien abschließend einige Forschungsergebnisse resümiert, die von Autorinnen des informellen „Public Sociology Laboratory" („PS Lab") in einigen Fachaufsätzen sowie auf wissenschaftsnahen Webseiten publiziert worden sind. Mit einem Vorgehen, das methodologisch und epistemologisch *everyday-politics*-Ansätzen zuzurechnen ist, dokumentieren sie die Einstellungen der Bevölkerung zum Krieg mit „dichten Beschreibungen", die überwiegend aus Tiefeninterviews und teilnehmender Beobachtung vor Ort gewonnen wurden. Auch wenn sie nicht repräsentativ sind, leisten diese Erkenntnisse wichtige Beiträge zum Verständnis der Einstellungen der Bevölkerung zu Regime und Krieg sowie den Wirkungen von Ideologie und Propaganda.

[50] Yudin, Greg: Governing Through Polls. Politics of Representation and Presidential Support in Putin's Russia, in: Javnost. The Public 27 (2020), H. 1, S. 2–16.

[51] Yudin, Greg: Do Russians Support Putin?, in: Journal of Democracy 33 (2022), H. 3, S. 31–37.

[52] Morris, Jeremy: Es gibt noch immer keine öffentliche Meinung. Der Krieg in der Ukraine und die Diktatur in Russland lassen uns das besser erkennen, in: Russland-Analysen 430 (2023), S. 8–10, hier S. 9.

Der wesentlichste Befund des PS-Lab-Teams um Swetlana Erpyleva, Sascha Kappinen und Oleg Schurawljow besteht in der eher passiven, ambivalenten Zustimmung der meisten Interviewpartner zum Krieg gegen die Ukraine. Diese beruhe jedoch nicht auf einer internalisierten imperialistischen Ideologie, auch wenn viele Befragte eine imperialistische Sprache benutzten. Die in den Gesprächen geäußerten Einstellungen seien überwiegend inkonsistent und veränderlich, und nur eine Minderheit überwiegend hochgradig politisierter Personen verteidige den Krieg auf der Basis eines ideologisierten Patriotismus. Anders als nach der Krim-Annexion würden politische Positionen im privaten Kontext zudem nur selten artikuliert; die Gesprächsbereitschaft sei generell gering.

Dem PS-Lab-Team zufolge waren viele Menschen von der Invasion zunächst schockiert, überzeugten sich aber später selbst von der „Unvermeidlichkeit" des Krieges, während sie gleichzeitig darauf bestanden, dass Gewalt als Mittel der Konfliktlösung inakzeptabel sei. Diese Ambivalenz erlaubte es ihnen, das Regime sowohl unterstützen zu können als auch ihre Vorstellung von sich selbst als „anständigen und vernünftigen" Menschen aufrechtzuerhalten. Im Verlauf des Jahres 2022 wurden die meisten Gesprächspartner zu „Nicht-Kriegsgegnern". Sie akzeptierten ihn also mehr oder weniger, ohne ihm jedoch begeistert zuzustimmen. Viele Interviewte übernahmen allmählich die Argumente der Regimepropaganda, unterlegten sie aber mit eigenen Interpretationen. Überwiegend bedienten sie sich dabei einer Rechtfertigungsumkehr – das Verhalten der Ukraine, die Bomben auf russländische Grenzgebiete werfe, sowie des Westens, der sie dabei unterstütze, wird als Beweis für die Alternativlosigkeit der Invasion ausgelegt. Andere konstruierten den Krieg als furchtbares, aber unvermeidliches Ereignis im Sinne einer Naturkatastrophe. Auch Putin schrieben sie daher keine Verantwortung zu, darunter auch nicht für das künftige Ende des Krieges, das vielmehr vom Engagement des Westens, den Sicherheitsbedürfnissen der Ukraine und der Kampffähigkeit der eigenen Armee abhänge, also partiell von der russländischen Bevölkerung selbst.[53]

Den Beobachtungen des PS-Lab-Teams zufolge ist der Krieg im Verlauf des Jahres 2023 zum Normalzustand geworden. Persönliche Erfahrungen hätten das Vertrauen in die offizielle Berichterstattung partiell untergraben und zu kritischeren Bewertungen geführt, was sich jedoch nicht in eine Anti-Kriegs-Haltung übersetze. Versuche der Interviewer, den Krieg zu hinterfragen, hätten vielmehr eine Solidarisierung mit dem Regime bewirkt und emotional vorgetragene Rechtfertigungsnarrative aktiviert, die der offiziellen Rhetorik folgten. Die meisten Gesprächspartner wünschten ein baldiges Ende des Krieges, allerdings vorzugsweise zu Russlands Bedingungen, da ihnen eine Niederlage als Katastrophe erscheint.[54]

[53] Ishchenko, Volodymyr/Zhuravlev, Oleg: Imperialist Ideology or Depoliticization? Why Russian Citizens Support the Invasion of Ukraine, in: HAU. Journal of Ethnographic Theory 12 (2022), H. 3, S. 668–676; Erpyleva, Svetlana/Kappinen, Sasha (Hrsg.): Resigning Themselves to Inevitability. How Russians Justified the Military Invasion of Ukraine (Fall/Winter 2022), PS Lab Report No. 1, in: The Russia Program, 22. November 2023, URL: <https://therussiaprogram.org/ps_lab_1> [Zugriff: 01.06.2024].

[54] Kappinen, Sasha/Zhuravlev, Oleg: Unpopular War. Russian Opponents and Non-Opponents of the Invasion of Ukraine. Part 1, in: Re: Russia, 10. Juli 2024, URL: <https://re-russia.net/en/expertise/0173/>; Erpyleva, Svetlana: Unpopular War: Russian Opponents and Non-Opponents of the Invasion of Ukrai-

Diese Beschreibungen illustrieren, was Jeremy Morris als „defensive Konsolidierung“ der Gesellschaft bezeichnet.[55] Sie erwächst aus dem Wirken kognitiver und emotionaler Mechanismen zur individuellen Bewältigung kognitiver Dissonanz. Die Forscher führen dieses Phänomen auf die umfassende Entpolitisierung der Gesellschaft zurück, die das Regime in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich betrieben hat. Die Menschen hätten in diesem Kontext keine Erfahrungen einer eigenständigen Meinungsbildung über Politik sammeln können und seien atomisiert worden. Es gäbe keine Räume, in denen sich Gleichgesinnte begegnen und ihre Gefühle in politische Standpunkte transformieren könnten.[56]

Diese und weitere Studien erlauben auch eine differenzierte Bewertung der Wirksamkeit von Propaganda. Sie bilden damit ein Gegengewicht zu mehreren empirischen Studien, die ebenso wie Guriev und Treisman davon ausgehen, dass allein der Nachweis propagandistischer Bemühungen seitens des Regimes ausreichend wäre, um ihnen Effektivität zu attestieren. Das PS-Lab-Team berichtet in seinen Studien hingegen, dass die „Nicht-Kriegsgegner“ den meisten Medien misstrauten. Wenn sie auf widersprüchliche Situationsdeutungen träfen, hinterfragten sie jedoch nicht den Wahrheitsgehalt der staatlichen Propaganda, sondern aller Nachrichtenquellen. Um den unangenehmen Gefühlszustand der kognitiven Dissonanz zu vermeiden, reduzierten sie ihren Medienkonsum oder beschränkten ihn gezielt auf regimetreue Quellen – nicht, weil sie deren Interpretationen glaubten, sondern weil ihnen die von der eigenen Regierung verbreitete „Unwahrheit“ näher sei als die der anderen Seite. Wie der Krieg wahrgenommen werde, hänge demnach nicht nur von den Informationen selbst ab, sondern auch von den Gefühlen, die sie hervorrufen.[57]

Auch Studien, die mit randomisierten Experimenten und Survey-Evidenz arbeiten, kommen zu dem Ergebnis, dass die Propaganda des Putin-Regimes nur bedingt darauf gerichtet ist, die Bevölkerung zu ‚überreden‘ und zu ‚überzeugen‘. Sie diene vielmehr primär der Affirmation, also der Stärkung der Unterstützung für das Regime, indem sie identitätskonforme Botschaften verbreitet und Skepsis gegenüber anderen Informationen und Deutungen nährt. Auch in dieser Dimension kooperieren Regime und Bevölkerung demnach, denn die Menschen seien mehrheitlich – in geringerem Maße freilich die Konsumentinnen staatlicher Medien – in der Lage, falsche von plausiblen Nachrichten zu unterscheiden. Sie öffneten sich jedoch nicht gegenüber alternativen Narrativen. Dies bedeute auch, dass Versuche unabhängiger oder oppositioneller Medien, durch das Entlarven von *fake news* Glaubwürdigkeit zu erzeugen, nur geringe Erfolgsaussichten haben.[58]

ne. Part 2, in: Re: Russia, 10. Juli 2024, <URL: https://re-russia.net/en/expertise/0174/> [Zugriff jew.: 04.09.2024].

[55] Morris, Jeremy: Russians in Wartime and Defensive Consolidation, in: Current History 121 (2022), H. 837, S. 258–263.

[56] Erpyleva/Kappinen: Resigning (wie Anm. 53).

[57] Ebd.

[58] Alyukov, Maxim: Harnessing Distrust. News, Credibility Heuristics, and War in an Authoritarian Regime, in: Political Communication 40 (2023), H. 5, S. 527–554; Shirikov, Anton: Fake News for All. How Citizens Discern Disinformation in Autocracies, in: Political Communication 41 (2024), H. 1, S. 45–65; ders.: Rethinking Propaganda. How State Media Build Trust Through Belief Affirmation, in: The Journal of Politics 86 (2024), H. 4, S. 1319–1332.

Wie dieser Forschungsüberblick zeigt, lassen sich nicht nur vielfältige Gründe und Motive benennen, warum die Bevölkerung Russlands ein Regime unterstützt, dessen Politik in brutaler Weise nicht zuletzt gegen ihre eigenen Interessen verstößt. Er legt auch nahe, dass es sich hierbei um ein komplexes Phänomen handelt, dem einfache Erklärungen wie die einer umfassenden Gehirnwäsche durch das Regime oder einer dysfunktionalen politischen Kultur nicht gerecht werden. Die Beziehungen zwischen Gesellschaften und Regimen sind vielmehr durch eine Reihe von ‚Kanälen', kognitiven und psychologischen Mechanismen vermittelt, die einerseits universellen Charakter besitzen, andererseits in unterschiedlichen Kontexten auch unterschiedliche Wirkungen entfalten.

7 Auswahlbiografie

- Erpyleva, Svetlana/Kappinen, Sasha (Hrsg.): Resigning Themselves to Inevitability. How Russians Justified the Military Invasion of Ukraine (Fall/Winter 2022), PS Lab Report No. 1, 22.11.2023, 140 S., in: The Russia Program at George Washington University, URL: <https://therussiaprogram.org/ps_lab_1>.
- Frye, Timothy: Weak Strongman. The Limits of Power in Putin's Russia, 288 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2021.
- Greene, Samuel A./Robertson, Graeme B.: Putin v. The People. The Perilous Politics of a Divided Russia, 287 S., Yale UP, New Haven, CT/London 2019; *sowie als Paperback-Ausgabe leicht überarbeitet*: Putin vs. The People. The Story of a Popular Dictator and the Struggle for the Future of Russia, 288 S., Yale UP, New Haven, CT/London 2022.
- Guriev, Sergei/Treisman, Daniel: Spin Dictators. The Changing Face of Tyranny in the 21st Century, 360 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2022.
- Laruelle, Marlène: Ideology and Meaning-Making under the Putin Regime, 414 S., Stanford UP, Stanford, CA 2025.
- Matovski, Aleksandar: Popular Dictatorships. Crises, Mass Opinion, and the Rise of Electoral Authoritarianism, 316 S., Cambridge UP, Cambridge 2021.
- Petersson, Bo: The Putin Predicament. Problems of Legitimacy and Succession in Russia (Soviet and Post-Soviet Politics and Society, Bd. 237), 224 S., Ibidem, Stuttgart 2021.
- Rosenfeld, Bryn: The Autocratic Middle Class. How State Dependency Reduces the Demand for Democracy, 290 S., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2021.
- Sharafutdinova, Gulnaz: The Red Mirror. Putin's Leadership and Russia's Insecure Identity, 248 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2020.
- Suslov, Mikhail: Putinism. Post-Soviet Russian Regime Ideology, 300 S., Routledge, London/New York 2024.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ord-

nungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.

Prof. Dr. Petra Stykow ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit einem Schwerpunkt auf Ostmitteleuropa und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihr jüngstes, gemeinsam mit Julia Baumann verfasstes Buch „Das politische System Russlands“ erschien 2023 in der Reihe „Studienkurs Politikwissenschaft“ des Nomos-Verlags.